

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 46. Jahrgang


AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2011

Rasante Übervölkerung!

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–14

 **Kantonsratswahlen
Zürich – 3. April 2011**
**SD-Liste unverändert
wählen!** Infos auf S. 10



Josua M. Studer,
SD-Landrat und
Einwohnerrat,
Landratskandi-
dat SD-Liste 9,
Wahlkreis Mut-
tenz/Birsfelden

Im vergangenen Jahr sind 134'171 Ausländer in unser kleines Land eingewandert. Die Übervölkerung geht munter weiter.

Die Befürchtungen sind eingetroffen, dass in der Schweiz die Bevölkerung weiter (wohin denn?) zunimmt. Es handelt sich dabei um Einwanderung! Die statistischen Zahlen bringen dies ans Licht. Seit Jahren wandern immer mehr Menschen in die kleine, schon längst überfüllte Schweiz ein und dieser Trend reißt nicht ab.

Personenfreizügigkeit

Mit der von der Wirtschaft (und deren Verbänden wie Economie-suisse, Gewerbeverband u.a.) «gepushten» und letztlich beim Stimmvolk mittels Angst-szenarien (so u.a. mit Abstimmungsplakaten mit und ohne Äpfeln!) durchgedrückten Personenfreizügig-

keit ist die Einwanderung einfach und attraktiv geworden für Unternehmer und Ausländer!

Im Zahlenvergleich sind bei den Einwanderungen zwar auch Auswanderungen zu verzeichnen. Doch unter dem Strich ergibt dies immer noch einen Zustrom, so z.B. im letzten Jahr von 68'848 Personen in die Schweiz! Dies ist eindeutig zuviel! Dazu kommen noch viele Arbeitnehmende, die täglich als «Grenzgänger» ein- und ausreisen. Unser Land platzt an vielen Orten aus den Nähten. Deutlich wird dies an Bahnhöfen, in Zügen, auf Autobahnen und in Innenstädten. Es ist nicht so, dass der öffentliche Verkehr und die Verkehrswege nicht ausgebaut wurden, nein die Bevölkerungszunahme nimmt schneller zu als die Infrastruktur wachsen kann. Und baulich hat dies alles seine Grenzen!

Vermehrte Bautätigkeit

Durch die Bevölkerungszunahme brauchen wir immer mehr Strassen und Wohnungen. Es wird zusehends mehr und mehr zubetoniert. Der Boden wird unter anderem der Landwirtschaft entzogen. Für die Bauern ist ein Landverkauf lukrativ und oft ein unumgänglicher Weg, denn der Druck der ausländischen Konkurrenz steigt. Die Auflagen an die Landwirte sind strenger geworden und die geplanten internationalen Landwirtschaftsabkommen lassen nichts Gutes erahnen.



Asyltradition

Bei der Zuwanderung besteht ein gewisser Teil aus Asylsuchenden. Die Schweiz pflegt diesbezüglich eine lange Tradition und gibt Verfolgten eine sichere Bleibe. Nebst humanitären Gesichtspunkten birgt die Aufnahme von Asylsuchenden aber auch Risiken. Es kommen Leute ins Land, welche uns mit ihren Mentalitäten grosse Risiken aufbürden. Zwar kann dies eine Bereicherung sein, doch unsere angestammten Werte müssen erhalten bleiben! Jene die kommen, müssen sich uns anpassen! Humanität ist löblich,

Fortsetzung Seite 2



**27. März 2011:
Landratswahlen Baselland!**

SD-Liste 9 unverändert wählen in den Wahlkreisen Muttentz, Münchenstein, Reinach, Laufen, Pratteln und Liestal. Weitere Informationen in dieser Ausgabe auf Seite 9.

Inhalt

- 2 Neue Nettigkeiten
- 4 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 2
- 6 Gratulation, Herr Sarrazin!
- 7 Aus dem Zürcher Gemeinderat
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Landratswahlen Baselland
- 10 Schweizer Demokraten ZH im Wahlkampf!
- 11 Wussten Sie, dass...
- 12 Leserbriefe

Rasante Übervölkerung!*Fortsetzung von Seite 1*

sollte jedoch nicht unsere Eigenart und unseren selbst erarbeiteten Wohlstand gefährden. **Auch in der Schweiz gibt es noch Hunderttausende von benachteiligten Mitbürgern!**

Wir sind nicht verantwortlich, dass in anderen Ländern Unterdrückung, Armut und vorgetauschte Demokratie herrscht. Tür und Tor zu öffnen für die ganze Welt bedeutet, dass wir uns selbst den eigenen Ast absägen und am Schluss auch im Armenhaus sitzen!

Kritisch beurteilen

Nicht immer ist es möglich, allen Schutzsuchenden zu helfen. Es müssen gewisse Kriterien erfüllt sein. Die Behörden haben eine Verantwortung – primär aber gegenüber der eigenen Bevölkerung. Unsere Landesfläche ist begrenzt und nicht jeder Flecken unserer Heimat ist bebaubar. Wir brauchen Anbauflächen, damit wir in der Lebensmittelproduktion einigermassen unabhängig bleiben können. Es ist wichtig und richtig, dass hier gesät und geerntet wird und nicht alles rund um die Welt transportiert wird. Eine funktionierende Landschaft ist Natur pur für Tier und Mensch.

Apropos Landverschleiss: Es ist keine Lösung, statt in die Breite, in die Höhe zu bauen (sogenanntes verdichtetes Bauen!). Auch die Menschen, die im 18. Stock eines Hochhauses wohnen, benötigen «Infrastruktur»! Vielmehr müssen wir dem Zustrom von Menschen in unser kleines Land Einhalt gebieten. Mit der Grenzöffnung zu den EU/EFTA-Staaten, «dank» der Personenfreizügigkeit, ist dies jedoch unmöglich geworden. Vor dieser negativen Entwicklung haben wir

gewarnt. Die Katastrophe war/ist absehbar.

Sich nützlich machen

Viele Personen sind ohne berufliche Tätigkeit, sei es durch fehlende Ausbildung, gesundheitlicher Einschränkungen oder Mangel an Arbeitsplätzen. Diese Leute sollten nützlich eingesetzt werden können, beziehen sie doch Unterstützung in Form von Arbeitslosengeldern, Renten oder Sozialhilfe. Viele Unternehmen, Gemeinden und Kantone sparen am Unterhalt, weil dieser Kosten verursacht ohne aber direkten Nutzen zu bringen. Dieser fehlende Unterhalt wird sichtbar auf Strassen, Plätzen und an Gebäuden. Es liegt immer mehr Unrat herum, vielerorts wuchert Unkraut und Wände sind verschmiert. Das alles wäre ein Betätigungsfeld für Unbeschäftigte!

Situation anpassen

Bringt man die Beschäftigungsidee in Diskussionen ein, so hört man immer wieder, dass dies nicht umsetzbar sei. Die Gesetzeslage lasse dies nicht zu... Es ist vielmehr so, dass man den Aufwand scheut. Werden «Untätige» beschäftigt, würden die einen dies schätzen, die anderen jedoch sensibilisiert. Ihnen würde bewusst, dass das Leben nicht gratis ist und man dafür etwas tun muss, sei es auch «nur» für die Gesellschaft!



Ein grosser Teil der Zugewanderten genießt bei uns ein angenehmes Leben. Wir bieten ein gutes Sozialwesen, das weltweit bekannt ist. Wie sonst ist es zu erklären, dass aus allen Herren Ländern zu uns eingereist wird? In die kleine Schweiz, die man auf der Weltkarte kaum findet! Es ist an der Zeit, dass diesem Sozialtourismus Einhalt geboten wird. Dies ist richtig zu verstehen: Es geht nicht darum, Arbeitsstellen zu generieren, vielmehr geht es darum, dass Dinge erledigt werden, die mittlerweile in unserer Gesellschaft keine Priorität (mehr) geniessen und auch auf die Überbevölkerung zurückzuführen sind.

Schweizermacher

Mit der Übervölkerung wird auch die Überfremdung gefördert. Ein Mittel der Classe Politique gegen die Überfremdung ist das unge-

stümte Einbürgern. Auf dem Papier werden Ausländer zu Inländern! Mit diesem Vorgang werden die Eingewanderten gegenüber den «nur» Schweizern jedoch bevorzugt. Sie behalten ihren bisherigen Pass und haben je nach Situation die Möglichkeit, sich als Schweizer oder als Ursprungsbürger auszugeben. **Wer seine bisherige Staatszugehörigkeit nicht aufgibt, kann kein richtiger Schweizer sein und bleibt nebst dem Herzgefühl auch auf dem Papier das, was er bis anhin war.** So wird also nur vordergründig die Überfremdung eingedämmt.

Fazit

Eine Übervölkerung hat weit reichende Folgen. Nebst dem Bedürfnis, dass alle eine Beschäftigung haben, braucht es viel Wohnraum, Strassen, Verkehrsmittel und nicht zuletzt Energie! Das benötigt u.a. wiederum viel Platz. Unser Land kann sich nicht vergrössern und der Lebensraum wird immer knapper. Viele Menschen auf einem engen Raum verursachen Hektik, Lärm und Stress. Das geht an die Gesundheit und beeinflusst unsere Lebensqualität massiv. Es müssen also griffige Massnahmen geschaffen werden, damit die Schweiz überschaubar und attraktiv für die hier Lebenden bleibt und wieder wird, wo dies nicht mehr so ist!

Neue Nettigkeiten



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Wir tun gut daran, die beiden Supermächte USA und die Volksrepublik China im Focus unserer Betrachtungen zu halten.

Die USA versuchen – unbekümmert um ihre inneren Schwierigkeiten und Krisen –, weiterhin die alles dominierende Weltmacht zu spielen.

Über 1000 Milliarden Dollar investiert sie pro Jahr in ihre Armee, die militärische Forschung und die militärischen Stützpunkte rund um den Erdball. Wie viele Dutzend Milliarden Dollar die rund 20 Geheimdienste mit ihren Aktionen jährlich verpulvern, kann nur geschätzt werden. Die verschiedenen Kriegskosten werden – soweit möglich – über die Auspowerung

der unterworfenen Völker (Irak, Afghanistan, Serbien, Deutschland, etc.) wieder hereingeholt.

Die Methoden der amerikanischen Politik und ihrer Geheimdienste, um die «befreundeten» Nationen bei der Stange zu halten, sind alles andere als feinfühlig und respektvoll.

Gleichzeitig stehen die USA wirtschaftlich, finanziell und moralisch am Abgrund. Die FED pumpt weitere hunderte Milliarden Dollars in die Wirtschaft, um deren Kollabieren zu verhindern. Schon im Oktober des vergangenen Jahres bezogen 43 Millionen US-Bürger (!) Lebensmittelmarken, das einzige staatliche Mittel um viele seiner Bürger vor dem Verhungern zu bewahren. Man rechnet mit dem Ansteigen der Bedürftigen auf 50 Millionen im Laufe dieses Jahres. Aber gleichzeitig machen die amerikanischen Grossbanken und gewisse Konzerne (Energie/Militär/ Lebensmittel resp. Agrochemie) Supergewinne.

Sogar der Vorsitzende der US-Notenbank Ben Shalom Bernanke be-

urteilt die **finanzielle Lage** in den USA als irreparabel.

Bereits hat die chinesische Rating-Agentur die Kreditwürdigkeit der USA auf nur noch A+ mit negativen Prognosen zurückgestuft.

Dies wegen der sinkenden Fähigkeit und Bereitschaft zur Schuldentrückzahlung durch die US-Regierung.

Die **wirtschaftliche Schiefelage** wird auch durch die Tatsache illustriert, dass gegenwärtig 829 Banken mit über 400 Milliarden Dollars Einlagen vor dem Konkurs stehen. Dies, nachdem im abgelaufenen Jahr bereits 146 Banken in den USA Pleite gegangen sind.

Interessant ist die Tatsache, dass die konkursiten Banken von den Grossbanken der Rothschilds und der Rockefellers für ein Almosen übernommen wurden.

Im Handel mit China wird für das Jahr 2010 mit einem Defizit von ~270 Milliarden Dollars gerechnet. Und China macht sich zunehmend Sorgen wegen des anhaltenden Werteverlustes der amerikanischen Staatspapiere, die in den

Anzeige

Das Testament**Die letztwillige Verfügung**

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

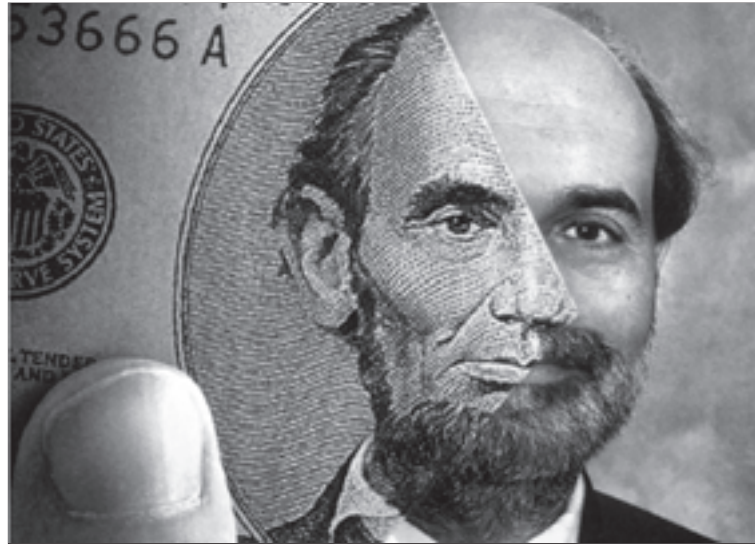
Tresoren der chinesischen Staatsbank lagern.

Moralisch verlieren die USA jegliche Glaubwürdigkeit, nachdem bekannt geworden ist, dass

- von eigenen Geheimdienststellen terroristische Anschläge zur Stimmungsmache im eigenen Lande initiiert werden;
- die Anschläge auf die Towers (9/11) mit grosser Wahrscheinlichkeit von eigenen Geheimdiensten organisiert wurden;
- eine Reihe von Kriegen auf der Basis von Lügen durch Regierungsstellen vom Zaun gerissen wurden (1. und 2. Golfkrieg; Afghanistan-Feldzug usw., usf.);
- Abu Graib und Guantanamo als Beweise menschenrechtswidrigen Verhaltens der US-Regierung offensichtlich sind;
- Die Berichte von Ständerat Marti über Verschleppung von Menschen zu Folterzwecken durch die USA und die Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee im Gaza-Feldzug von den USA gedeckt werden, resp. nicht in Abrede gestellt werden können;
- Michail Chodorkowski mit amerikanischer Hilfe zu einem Vermögen von 15 Milliarden Dollar gekommen war und als Beirat in der Carlyle Group eine zentrale Rolle bei einem von den USA unterstützten versuchten Staatsreich in Russland spielte. – Wenn Hilary Clinton und Barack Hussein Obama in diesem Falle nun Moskau der schweren Menschenrechtsverletzungen bezichtigen, wollen sie offensichtlich ablenken vom gescheiterten Versuch, Russland als Weltmacht finanziell zu zerstören und sich selbst die Macht weiterhin zu sichern. Darin liegt auch der Grund für die immer wiederkehrenden bössartigen Angriffe gegen Putin, der die amerikanischen Pläne im letzten Moment verhindern konnte.

China, das Riesenreich im Fernen Osten drängt mit seinem demografischen und wirtschaftlichen Gewicht immer energischer auf die Weltbühne. Zusammen mit Russland, Indien und Iran besteht ein strategisches Bündnis – die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) –, die den USA ein Dorn im Auge ist. Die aktuellen Kontaktbemühungen des chinesischen Präsidenten Hu Jintao mit Barack Hussein Obama verhüllen bei allen Freundlichkeiten die Probleme nur schlecht.

China, als grösstes Gläubigerland der USA hat begonnen die US-Staatsanleihen abzustossen, um



Der US-Bank-Vorsitzende Ben Bernanke beurteilt die finanzielle Lage der USA als irreparabel.

die laufenden Verluste zu minimieren. China hält noch immer gegen 900 Milliarden US-Dollar Staatsanleihen bei einem totalen Ausstand der USA von rund 4,35 Billionen Dollar. – Aber China will sich ein rasches Abstossen dieser Dollarpositionen nicht leisten, da es damit seinen grössten Absatzmarkt für die nach wie vor rasch wachsende Wirtschaft gefährden würde. China aber braucht zur Verhinderung innerer Unruhen dringend ein massives Wachstum an Arbeitsplätzen für seine Menschenmassen. Schlimm, dass das reale Wirtschaftswachstum Chinas nur gerade ausreicht um die ebenfalls wachsende Umweltzerstörung und den Ressourcen-Verbrauch zu kompensieren.

Schon vor mehreren Jahren warnte das Worldwatch-Institut, dass 70% des chinesischen Getreides von bewässerten Feldern stamme. Da trotz regionaler Überschwemmungen viele Milliarden Kubikmeter Wasser für die Bewässerung der Felder fehlen, werde China gezwungen sein, immer mehr Getreide einzuführen, was sich verheerend auf die Gesamtversorgung der Welt und vor allem die Preisgestaltung für Brotgetreide auswirken werde. – Das gegenwärtig rasante Wirtschaftswachstum in China ist eine reale Gefahr für sein Ökosystem, die Böden werden rücksichtslos ausgelaugt und erodieren, die Küstengewässer und die ganze Umwelt werden immer mehr verschmutzt = belastet.

In einer Tageszeitung wurde die Gesamtsituation zwischen den beiden Mächten in Kurzform wie folgt charakterisiert:

Die eine Grossmacht stemmt sich gegen den Niedergang, die andere tritt zum Sprung an die Spitze an. Globale Machtverschiebungen einer derartigen Grössenordnung

gehen nicht ohne Rivalitäten ab. Die Beziehungen zwischen den USA und China sind angespannt.

Der Euro wird zum Liquidationsfall

Das führende britische Wirtschaftsforschungsinstitut CEBR gibt dem Euro kaum noch eine Überlebenschance. Die Wahrscheinlichkeit, dass es den Euro in wenigen Jahren noch in seiner bisherigen Form gebe, liege nur noch bei 20%. **Bei dieser Aussicht ist es unverständlich, wenn unsere Nationalbank und die Finanzministerin noch immer Rettungengel für den Euro spielen wollen.** Das einzige, was sie mit Sicherheit erreichen werden, sind riesige Verluste unseres Volksvermögens, welche den seinerzeitigen sinnlosen Verkauf eines Teils der Währungsreserven weit in den Schatten stellen werden.

Der Westen lässt den Iran nicht in Ruhe!

Mit immer neuen Schikanen wird versucht, Iran sturmreif zu schiessen. Das Muster ist bekannt; allen Inspektionsergebnissen der Atomenergie-Agentur von Wien zum Trotz, entgegen allen Versicherungen der iranischen Regierung, die Urananreicherung ausschliesslich zur Gewinnung von Energie (Atomkraftwerke!) zu betreiben, behauptet die USA-Regierung hartnäckig, Iran strebe nach Atomwaffen. Und das dürfe keinesfalls akzeptiert werden. Erstaunlich, dass die umliegenden Länder Russland, Pakistan, Indien und vor allem Israel ungehindert mit diesen Waffen Erpressungspolitik betreiben dürfen. Und dass die USA selbst mit Atomwaffen im Golfgebiet drohen, wo sie die grösste Seestreitmacht aller Zeiten vor der Küste des Iran stationiert haben. Und gleichzeitig wird der Iran wegen eines unbewiesenen Verdach-

tes andauernd bedroht! Bewiesen dagegen ist, die seit Jahren andauernde verdeckte Kriegführung durch die amerikanischen und israelischen Geheimdienste im Iran selbst. Gezielte Tötungen von Wissenschaftlern, Brandanschläge und offensichtliche Einmischungen in das politische Geschehen, werden in den westlichen Medien praktisch nie als Fakten wiedergegeben, sondern stets im Konjunktiv als Möglichkeiten, resp. Behauptungen des iranischen Regimes hingestellt.

Traurig, dass der schweizerische Bundesrat sich vor Kurzem erneut veranlasst sah (Meldung der sda vom 20. Januar 2011), die von der UNO erneut verhängten Sanktionen ebenfalls zu übernehmen.

Um was es geht: Die USA versuchen die Frontstaaten zu Russland auf ihre Seite zu ziehen, um Russland einkreisen zu können. Deshalb steht der Iran seit Jahren auf der Abschussliste der USA. Dabei geht es erstens um das Überleben des Irans als selbständiges von den USA und der globalistischen Bewegung unabhängiges Land. Zweitens geht es um die Existenz des SOC Bündnisses (siehe oben) und drittens um unser aller Schicksal. Ob uns der Iran mit seinem Regime gefällt oder nicht, spielt keine Rolle. Aber er ist ein Baustein in einem neuen Gegengewicht zu den übermächtigen Staatenverbänden der EU und der USA, die ihren Schein von Demokratie nur solange aufrecht erhalten werden, als sie das Demokratie-Argument gegen China und Russland benötigen.

Unsere Regierung hätte also allen Grund, die Unrechtshandlungen gegen den Iran zu verurteilen und nicht hinter den westlichen Mächten zu kuscheln und mitzubellen!



Slogan der SVP:

Schweizer wählen SVP!

Gegenargumente SD:

«Schweizer» wird heut' ein jeder Trottel, darum sagen wir – hinfort mit Zottel und dazu, so lasst Euch raten: **Eidgenossen wählen Schweizer Demokraten!**



1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD

– eine beachtliche politische Leistung!

Schweizer Demokraten

2. Teil: Unsere grossen Initiativ- und Referendumserfolge



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

In den vergangenen 50 Jahren haben die Nationale Aktion und die Schweizer Demokraten viele politische und menschliche Höhen und Tiefen durchgemacht. Irgendwie liegt es im Menschen drin, dass er vergisst und verdrängt, was einmal war. Diesem Verdrängen wollen wir nun etwas nachgehen, indem wir in diesem Artikel unsere politischen Erfolge, die recht zahlreich und schwergewichtig sind, abhandeln. Allerdings können wir hier aus Platzgründen nur die wichtigsten Erfolge aufzählen und kommentieren.

2. Anti-Überfremdungs-Initiative vom 7. Juni 1970

Bereits bevor die Nationale Aktion ihre Volksinitiative lanciert hatte, reichte die Demokratische Partei ein ähnliches Volksbegehren ein. Ihre Exponenten knickten dann aber vor dem Druck von Wirtschaft und Politik ein und zogen die Initiative wieder zurück. Heute – mit gewisser Distanz – würde man sogar sagen, dass sie gekauft wurden! **Aber in weiten Teilen der Bevölkerung war ein grosses Unbehagen**

wegen der zunehmenden Einwanderung in unser Land zu verspüren. Man stelle sich vor, Ende der 60er-Jahre hatte die Schweiz nur etwas mehr als 6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner! Die Nationale Aktion war damals schon eine starke Volksbewegung und sammelte die Unterschriften in Rekordzeit. **Laut Initiativtext durften nur 10% der Bevölkerung Ausländer sein.** Und der Ausländerabbau sollte rasch über die Bühne gehen. Der Abstimmungskampf war wohl einer der härtesten und emotionalsten, den unser Land je erlebt hat. **Nur knapp hat die Nationale Aktion diese Volksabstimmung gegen die Überfremdung verloren (46% Ja-Anteil, rund 557'517 Männer stimmten der Initiative zu – das Frauenstimmrecht gab es damals noch nicht).** Die Initiative ging auch unter dem Namen «Schwarzenbach-Initiative» in die Geschichtsbücher ein. Denn der damalige NA-Zentralpräsident hiess Dr. James Schwarzenbach. Nun kann man sagen, ja, abgelehnt, was solls, es ist vorbei. Dem war aber nicht so. **Der Bundesrat begann als Folge des guten Abschneidens der Volksinitiative eine Ausländerkontingents-Politik einzuführen. Der Bundesrat versprach damals, die Ausländerzahl zu stabilisieren und schrittweise abzubauen... (?)** Immerhin erreichte die NA mit dieser Initiative, dass die Einwanderung in unser kleines Land etwas gedrosselt wurde. Dies war der erste real zu messende Erfolg der Nationalen Aktion.

NA-Staatsvertragsreferendum – Ja zum Gegenvorschlag

Damals, 1977, wollte die Nationale Aktion erreichen, dass unser Land die sogenannten Römerverträge, betreffend die Einwanderung in unser Land, kündigen soll. Allerdings hatte das Volk dazu nichts zu sagen. Deshalb lancierte die Partei die «Staatsvertrags-Initiative». Das Volk sollte nach Annahme der Volksinitiative in einer Referendumsabstimmung über diese Verträge befinden können.

«Eidgenössische Volksinitiative über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums.»
Die Volksinitiative lautet:



Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Art. 89 Abs. 3 ³Staatsverträge mit dem Ausland, befristet oder unbefristet, sind ebenfalls dem Volk zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 30'000 stimmberechtigten Schweizer Bürgern oder von acht Kantonen verlangt wird.

Artikel 89 Absatz 3 tritt sofort nach Annahme durch Volk und Stände und dem Erwahrungsbeschluss der Bundesversammlung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt beginnt die Referendumsfrist für bestehende, befristete Staatsverträge mit dem Ausland.»

Diese NA-Initiative wurde deutlich abgelehnt und **stattdessen wurde mit ebenso deutlichem Mehr von 61% der Stimmenden ein Gegenvorschlag angenommen, der es künftig ermöglichte, dass das Volk über wichtige internationale Verträge abstimmen konnte.**

Es handelt sich um völkerrechtliche Verträge, die unbefristet und unkündbar sind, die den Beitritt zu internationalen Organisationen vorsehen oder die eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen.

Nur dank der NA-Volksinitiative und dem dann eiligst vom Parlament erarbeiteten Gegenvorschlag konnte in den folgenden Jahren das Volk beispielsweise über den UNO-Beitritt abstim-

men. Unsere Volksinitiative wirkt bis heute, denn wegen uns könnte beispielsweise das Volk auch über einen beantragten EU-Beitritt abstimmen. Dank unserer Partei wurden also die Volksrechte ausgeweitet und neues Recht gesetzt!

1982: Ausländergesetz gebodigt

Dann versuchten Bundesrat und Parlament auf ihre Weise mehr für die Ausländer zu tun. Es wurde ein sehr liberales Ausländergesetz vorgelegt, mit dem die Ausländer wesentlich mehr Rechte bekommen sollten. Der Familiennachzug sollte gefördert, eine bessere Integration angestrebt und die freie Arbeitsplatzwahl für Ausländer forciert werden. Alle Parteien ausser die mit uns verbündeten Genfer «Vigilants» sprachen sich für das Gesetz aus. Mit einem mutigen, harten und konsequenten Abstimmungskampf der NA gelang es, am 6. Juni 1982 die Volksabstimmung zu gewinnen.

Das Gesetz wurde mit 50,5% abgelehnt (690'268 Nein gegen 680'404 Ja). Dies war ein Riesenerfolg für die Nationale Aktion!

1983: NA Zürich für Grünflächen – Abstimmungssieg!

Auch auf lokaler oder städtischer Ebene gab es immer wieder grosse Abstimmungserfolge. So gelang es der Nationalen Aktion 1983 in der



Nationalrat Dr. James Schwarzenbach, 1970 NA-Zentralpräsident

Stadt Zürich die Initiative zur Erhaltung der Grünflächen durchzubringen. In einer Grosse Stadt wie Zürich war und ist dies ein wichtiges Anliegen. Es entspricht auch unserem politischen Programm, das seit 1961 immer auch eine ökologische Ausrichtung hatte. Die Umwelt und die Erhaltung unserer Heimat, der Schutz vor Verbetonierung war uns von der NA und den SD immer ein wichtiges Anliegen.

Und ein Jahr später verhinderte die NA mit einem Referendum die Einführung eines Ausländerrats in der Stadt Zürich. All diese Erfolge strahlten immer wieder aus und machten unsere Partei stark.

1983: Nein zu erleichterten Einbürgerungen

Am 4. Dezember 1983 landete die Nationale Aktion abermals einen grossen Wurf. **In einer Referendumsabstimmung wurde das Gesetz über eine erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, Flüchtlingen und Staatenlosen gebodigt.** Das Resultat war sehr klar: 644'537 stimmten dem Gesetz zu und 793'045 lehnten es ab. Inhaltlich gibt es dazu nicht viel zu sagen, höchstens noch dies, dass Abertausende von Leuten erleichtert, also einfach so, eingebürgert werden sollten. Das war dem Schweizer Stimmvolk dann aber doch zu viel. Die NA und die Vigilants führten diesen Kampf wieder völlig alleine. Dies war ein weiterer Riesenerfolg für unsere Partei. **Und am 12. Juni 1994 wurde dank uns federführenden Schweizer Demokraten abermals eine erleichterte Einbürgerungsvorlage vom Volk abgelehnt.**

NA und SD bremsen Ausverkauf der Heimat

In zwei grossen Volksabstimmungen bekämpften wir den Ausverkauf der Heimat, die Verschacherung unseres Heimatbodens an Ausländer und die masslosen Überbauungen in Tourismusorten. Auch dies entsprach wieder unserem grossen Umweltbewusstsein,

das wir seit der Gründung unserer Partei politisch umsetzen. **Die Partei wurde damals durch Nationalrat Valentin Oehen präsidiert.** Ihn ehren wir speziell in einer späteren Zeitungsnummer.

Nur sehr knapp scheiterte die NA am 20. Mai 1984 mit ihrer Volksinitiative «gegen den Ausverkauf der Heimat». 837'987 Stimmende (=48,9%) und 8,5 Kantone stimmten der Initiative zu. Das war natürlich ein Grosse Erfolg für eine Volksinitiative. Dies führte dazu, dass der Bundesrat Beschränkungsmassnahmen beschloss (Lex Furgler, Lex Friedrich, Lex Koller). Die Tourismuskantone konnten in der Folge nicht mehr so viel Land und Liegenschaften an Ausländer verschachern. Gleichzeitig rettete **Franz Weber** beispielsweise die Surlej-Ebene, was dem Engadin einen grossen Mehrwert im Tourismusbereich brachte.

Am 25. Juni 1995 versuchte der Bundesrat abermals, die Lex Friedrich zu lockern und aufzuweichen. Das Referendum der Schweizer Demokraten war von Erfolg gekrönt. 53,6% der Stimmenden (834'673 Personen) lehnten die Lockerung ab. Damit konnten die SD abermals einen Grosse Erfolg feiern. Und für den Fall, dass diese Gesetzeslockerung oder Abschaffung vom Bundesrat und dem Parlament wieder versucht wird, hat der SD-Zentralvorstand 2010 ein SD-Referendum bereits vorsorglich beschlossen!

Wir feiern das 50-Jahr-Jubiläum am 1. August 2011 in einem grösseren Rahmen miteinander. Reservieren Sie sich dieses Datum schon heute!

Kantonale Berner, Neuenburger und Baselbieter Erfolge!

Am 16. Juni 1990 wurde im Kanton Bern ein islamfreundliches Kirchengesetz vom Volk verworfen. Die SD/NA und die EDU haben das Referendum ergriffen. Ein grosser Berner Erfolg, den wir uns auf die Fahne heften durften.



Und am 23. September 1990 verhinderten die Schweizer Demokraten im Kanton Neuenburg die Einführung des Passiven Wahlrechts. Im Alleingang sammelte Lonny Flückiger die dazu notwendigen 10'000 Unterschriften. In der Volksabstimmung stand die damalige SD-Zentralvizepräsidentin Lonny Flückiger völlig alleine auf dem politischen Parkett im Kanton Neuenburg – und sie gewann, was für sie und unsere Partei eine grosse Genugtuung und Freude darstellte.



Lonny Flückiger, langjährige SD-Zentralvizepräsidentin

Am 2. Juni 1991 war im Baselbiet ein SD-Referendum gegen die Errichtung von Asylanten-Unterkünften erfolgreich. Zu dieser Zeit war die SD-Baselndland die stärkste

SD-Kantonalpartei. Sie gewann diese Volksabstimmung mit komfortablem Vorsprung.

EWR wurde bachab geschickt

Das Resultat am 6. Dezember 1992 war knapp (50,3% Nein Stimmen = 1'786'708 Stimmende). Es brauchte dazu alle Stimmen, von der SVP zu den SD, der Lega, der FPS bis hin zur EDU und den kritischen grünen und linken Stimmen. **Einen Teil dieses Erfolges durften sich die Schweizer Demokraten ebenfalls auf die Fahne schreiben.** Ihre fünf SD-Nationalräte, Hardi Bischof, Rudolf Keller, Fritz Stalder, Hans Steffen und Markus Ruf betätigten sich landauf, landab als Wanderprediger gegen die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum.

1993: Arbeitsfreier Bundesfeiertag dank SD!

Diese SD-Initiative haben wir im Alleingang durchgebracht. **Unter der Führung der beiden SD-Nationalräte Markus Ruf und Rudolf Keller erreichte die Initiative den höchsten je von einer Initiative er-**



So nicht...

Fortsetzung Seite 6

1961 bis 2011: 2. Teil

Fortsetzung von Seite 5

zielte Ja-Stimmenanteil von 83,8%, was 1'539'782 Stimmen entsprach. Einzig die SVP war gegen die Volksinitiative. Diesen offiziellen Nationalfeiertag verdankt unser Land also den Schweizer Demokraten.

Als es um die Schaffung der neuen Bundesverfassung ging, musste Nationalrat Rudolf Keller in der Bundesverfassungskommission nochmals hart dafür kämpfen, damit dieser Tag auch effektiv verfassungsrechtlich zum arbeitsfreien Tag erklärt wurde.

Blauhelm-Truppen abgelehnt

Die Nationalräte Flavio Maspoli (LegA), Walter Steinemann (FPS) und Rudolf Keller (SD) beschlossen in den Sommerferien des Jahres 1993, das Referendum gegen die Einführung von Schweizer UNO-Blauhelm-Truppen zu ergreifen. Ihre Parteien unterstützen sie und die Unterschriften kamen im Nu zusammen. Die SVP war bei der Sammlung nicht dabei. Der Erfolg war gross: **Am 12. Juni 1994 lehnte das Stimmvolk die Einführung von UNO-Blauhelmsoldaten mit 57,2% (= 1'203'736 Stimmende) ab.** Das war abermals eine gewonnene politische Ausmarchung für die SD.

Mehrere Anti-Überfremdungs-Initiativen scheiterten, aber...!

In den Zwischenjahren haben NA und SD mehrmals versucht, die Einwanderung und Überfremdung mit Volksinitiativen zu begrenzen. Entweder scheiterten diese im Unterschriften-Sammel-Stadium oder aber in der Volksabstimmung. Dennoch: Es ist nur dem steten politischen Druck von NA und SD zu verdanken, dass es in dieser Beziehung nicht noch schlimmer aussieht in unserem Land. Auch diese Niederlagen waren indirekt Erfolge.

Es gilt darum, festzuhalten, dass nur dank unserem stetigen politischen Druck mit Volksinitiativen und Referenden, in unserer Schweiz «nur» so viele Ausländer leben wie wir heute haben und nicht noch wesentlich mehr. Natürlich hätten wir alle gerne weniger Einwanderer im Land, aber immerhin: Das ist DIE herausragende historische Leistung unserer Partei!

Der Widerstand und Einsatz der Schweizer Demokraten ist heute nötiger denn je!

Blick über die Landesgrenze...

Gratulation, Herr Sarrazin!

Bei unseren nördlichen Nachbarn bewegt sich etwas. Das «offizielle» Deutschland regt sich fürchterlich darüber auf, dass Sarrazin, ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank (Ende September 2010 wurde ihm der Rücktritt nahegelegt!), die schädlichen Folgen der Masseneinwanderung kritisiert. Doch beim Volk findet Thilo Sarrazin viel Unterstützung. Natürlich äussert er sich, weil er sein Buch auch verkaufen will, bewusst provokativ. Doch im Wesentlichen

trifft Sarrazin den Nagel auf den Kopf!

Alle Menschen verdienen Achtung und Respekt. Sie sollen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten frei entfalten können. Doch jedes Land braucht auch gescheite Köpfe, die es voranbringen. Eine Bevölkerungs- und Bildungspolitik, die das vergisst, ist verheerend – nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in der Schweiz. Da wird «Chancengleichheit» gepredigt, in Tat und Wahrheit aber bloss eine Kultur der Schwäche gezüchtet. Aus der absurden Sicht der «political correctness» müssen alle Menschen gleich sein. Also ebnet man, weil nicht aus allen Professoren werden können, einfach alles ein, was begabungsmässig zwei Millimeter über den Durchschnitt hinausreicht. Hemmungslos werden sogar tausendfach erwiesene

Erkenntnisse der Naturwissenschaft bestritten

Genau wie in der Tierwelt werden auch bei Menschen genetisch programmierte Eigenschaften von Generation zu Generation weitergegeben. Niemand zweifelt daran, dass die Veranlagung zu bestimmten körperlichen Merkmalen (z.B. Haut- und Haarfarbe, Körpergrösse, aber auch ein erhöhtes Risiko z.B. für Krebs) erblich sind. Nur bei der Intelligenz soll das plötzlich anders sein. Man will die offensichtliche Tatsache nicht akzeptieren, dass gescheite Köpfe mit einer weit überdurchschnittlichen Wahrscheinlichkeit auch hochintelligente Kinder haben!

Sind gewisse Völker intelligenter als andere?

Vermutlich nicht – «helle» Köpfe gibt es überall. Sie sind auch unter den Ausländern zu finden, die nach Deutschland oder eben in die Schweiz kommen. Doch die meisten Menschen, die ihre Heimat verlassen, tun dies nicht freiwillig,



Thilo Sarrazin.

sondern weil sie zuhause nicht den gewünschten Erfolg haben. So bleiben meistens die Leistungsträger zuhause, und die weniger Begabten und weniger Tüchtigen wandern aus. Darum lässt Masseneinwanderung zwangsläufig das durchschnittliche Intelligenz- und Leistungsniveau sinken.

Gute Bildung senkt die Kinderzahl

Wer begabt ist, viele Jahre studiert

und einen hohen Ausbildungsstand erreicht hat, will heutzutage vor allem Karriere machen. So kommt es leider, dass begabte Menschen viel weniger Kinder haben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Auch das führt zwangsläufig dazu, dass irgendwann die gescheiten Köpfe fehlen, die jedes Volk braucht, wenn es überleben will. Besser als fünf Bundesrätinnen wären 500'000 blitzgescheite Mütter!

Noch dringender wäre jedoch, den **Gesinnungsterror der «Gutmenschen»** endlich zu stoppen. Kritisiert jemand wie Thilo Sarrazin offensichtlich bestehende Missstände, fällt sofort die ganze «Elite» von Politikern und Medien über ihn her. Der Mann wird ver-teufelt, um seinen Job gebracht. Wenn mit der Meinungsfreiheit so umgegangen wird, ist die Demokratie nur noch eine Farce...

Darum nochmals: Wir können einem Thilo Sarrazin zu seinem Mut nur gratulieren!



Überall in Europa wird das Migrationsrecht verschärft – nur in der Schweiz geht es etwas langsamer und man bleibt (zu) oft ratlos!

Aktuelles aus dem Gemeinderat der Stadt Zürich

Votum von Christoph Spiess (SD) vom 2. Februar 2011 zur Allgemeinen Polizeiverordnung (APV)

(Nicht wortgetreue Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums.)
Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wenn wir alle als Robinsons auf einsamen Inseln zu Hause wären, bräuchten wir keine Polizeiverordnung. Das ist aber leider nicht so, im Gegenteil: In unserem kleinen Land und ganz besonders in Zürich wird das Menschengedränge immer grösser. Wenn aber auf einer gleich bleibenden Fläche immer mehr Menschen mit immer unterschiedlicheren Mentalitäten zusammenleben, wird zwangsläufig der Bedarf an Regelungen immer grösser. Und ohne Sanktionen für den Fall der Zuwiderhandlung sind bekanntlich alle Regeln nutzlos.

Der Stadtrat hat unseres Erachtens eine ausgezeichnete Vorlage in den Rat eingebracht. Sie tritt verschiedenen störenden, schädigenden oder sogar gefährlichen Verhaltensweisen entgegen, die im Laufe der Zeit neu aufgekommen sind. Mit Befremden müssen wir Schweizer Demokraten nun zur

Kenntnis nehmen, dass die Vorlage in der Kommission nach dem Ungeist des allgemeinen «laissez faire» übel zerrupft worden ist. Da sind auch absolute Selbstverständlichkeiten locker herausgestrichen worden. Man stört sich allen Ernstes daran, dass gebüsst werden soll, wer die Abdeckung von Bodenöffnungen entfernt oder nichts unternimmt, damit von seinem Grund und Boden keine Gefahr für Passanten ausgeht. Toleriert werden soll ebenso, dass mit Velos abseits der Wege in Grünflächen und sogar in Wäldern herumgefahren wird, wo das Wild seine Ruhe haben sollte. Dass mit dem Grillieren ausserhalb der dafür eingerichteten Feuerstellen Parkanlagen beschädigt und beträchtliche Instandsetzungskosten verursacht werden, ist offenbar auch egal. Die Nachtruhe wird noch mehr gelockert, als ob es in Zürich nicht schon viel zu viel «Rambazamba» rund um die Uhr gibt! Sogar das Badeverbot bei den Anlegestellen der Kursschiffe soll weg, obwohl es hier um ein höchst gefährliches Verhalten geht, das zu Recht seit

eh und je verboten ist! Bedauerlich ist auch, dass das von unserem Rat noch vor Kurzem unterstützte Verbot, in der Nacht mit Skybeamern im Himmel herumzufunzeln und damit die Tierwelt empfindlich zu stören, schon wieder fallen gelassen werden soll. Eine Bewilligungspflicht genügt nicht, weil sich kaum klare Kriterien finden lassen, wann eine Bewilligung verweigert werden kann, und deshalb absehbar ist, dass schlussendlich mehr oder weniger alles bewilligt wird. Was dabei resultiert, ist teurer bürokratischer Aufwand zusätzlich zur nächtlichen Lichtverschmutzung!

Wir Schweizer Demokraten treten für Ordnung ein und wundern uns, dass gerade auch Vertreter von Parteien, die sonst immer laut nach Ordnung rufen, jetzt dafür sind, fast alles einfach schlitteln zu lassen. Es ist zu hoffen, dass in der Detailberatung wenigstens die allerschlimmsten Auswüchse des «Jekami und Jetörfalles» noch gestoppt werden und eine Polizeiverordnung herauskommt, welche diesen Namen noch verdient.

Zusatzvotum zu Art. 12 (Füttern wild lebender Tiere)

(Nicht wortgetreue Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums.)
Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Die von Frau Aubert erwähnten Tonnen von Taubenkot sind nicht das Hauptproblem. Das Füttern wild lebender Tiere ist vor allem ökologisch gesehen ein Unsinn. Die Tiere gewöhnen sich dadurch an den Menschen. Sie verlieren ihre natürliche Scheu und nehmen eine nicht artgerechte Lebensweise an. Leider gibt es viele Menschen, die das aus gut gemeinter, aber am falschen Ort ausgelebter Tierliebe nicht einsehen. Informationen nützen nichts. Hier braucht es zweifellos auch Verbote, damit die Leute endlich aufhören, nicht nur Tauben, sondern sogar Füchse und dergleichen zu füttern.

Die einzige Wildtierart, die man getrost füttern darf – wenn man unbedingt Vögel füttern will – sind die Zeitungsenten...

Votum von Patrick Blöchliger (SD) vom 26. Januar 2011: Schluss mit der Rekrutierung von städtischem Personal im Ausland!

Frau Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

In unserem Land gibt es weit über 100'000 Arbeitslose. Nicht selten finden junge Menschen nach der Lehre auf dem erlernten Beruf keine Stelle mehr. Natürlich sind nicht alle von ihnen für jeden Beruf, z.B. für die verantwortungsvolle Arbeit als Tramführerin oder Buschauffeur bei den VBZ, geeignet. Es steht aber ausser Zweifel, dass viele von ihnen für eine solche Tätigkeit ausgebildet und relativ bald auf dem neuen Beruf eingesetzt werden könnten. Es ist deshalb schlicht unverständlich, dass z.B. die VBZ gezielt im Ausland Buschauffeuren und -chauffeure anwerben. Der Grund dafür ist offensichtlich. Es sollten damit die relativ hohen Ausbildungskosten eingespart werden. Das ist aber

kurzsichtig, bleibt doch dafür einfach jemand anders arbeitslos und muss Leistungen unserer Sozialhilfe beanspruchen.

Personal im Ausland anzuwerben, statt den Arbeitsuchenden eine Chance zu geben, finde ich ein wenig schwierig, weil das ja für die Betroffenen nicht gerade eine Motivationspritze ist. Hinzu kommt, dass auf diese Weise die Übervölkerung unseres kleinen Landes und damit die Wohnungsknappheit noch verschärft wird.

Auch werden mit der grenzüberschreitenden Personalrekrutierung häufig den betroffenen Ländern und Regionen gerade die Fachkräfte entzogen, die sie selber benötigen, die dann aber wegen des besseren Verdienstes zu uns kommen.

Das Gemeinwesen sollte in diesem Bereich mit dem guten Beispiel vorangehen – stattdessen geschieht heute leider das Gegenteil. Was wir Schweizer Demokraten mit unserem Postulat anstreben,

wäre überall auf der Welt eine Selbstverständlichkeit, für die es keinen parlamentarischen Vorstoss bräuchte. Dass der Stadtrat sich unserem Ansinnen widersetzt, ist nicht nachvollziehbar. Mit dem Postulat wird ja nicht ausgeschlossen, dass in Einzelfällen – wenn sich wirklich keine schweizerische oder bereits hier lebende ausländische Arbeitskraft finden lässt – jemand aus dem umliegenden Ausland angestellt werden kann.

Wir Schweizer Demokraten möchten einzig, dass dies zum Schutz der vielen Menschen, die bei uns schon ohne Arbeit sind, nur dann geschieht, wenn es gar nicht anders geht.

Und natürlich auch, dass nicht Neuzuzüger bevorzugt werden, weil sie bereit sind, billiger zu arbeiten, oder weil man sich so davor drücken kann, Personal auszubilden. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht sollte unser Vorstoss in die richtige Richtung zielen!

Wir Schweizer Demokraten danken Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Und es geschehen noch Wunder! Mit 74 (SD, SP, SVP CVP) zu 46 Stimmen (Fdp, GP, Grünliberale, Alternative) wurde das Postulat überwiesen.

Liebe Velofahrende

Bitte stellen Sie Ihr Velo in die offiziellen Abstellplätze. Hier ist der Durchgang zu eng.

Fussgängerinnen, Fussgänger und Leute mit Kinderwagen oder in Rollstühlen sind Ihnen dankbar.

Hier abgestellte Velos werden umplatziert.

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handöge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

DIENSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2010. Kompeten-
ter Fachmann füllt Ihre Steuer-
erklärung bei Ihnen zu Hause
(Bern und Umgebung) aus und gibt
Ihnen entscheidende Steuertipps.
Ab Fr. 60.–.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

ZU VERMIETEN:

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller, Motorräder,** ab Fr.
600.– mtl. inkl. 2000 km; Motos ab
Fr. 200.–. Die Fahrzeuge können
auch pro Tag oder Wochen gemie-
tet werden; für die ganze Schweiz.
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

5-Zimmer-Wohnung in Vitznau
mit Garten, im Parterre, nur an
Deutschsprechende. Miete Fr. 650.–
plus NK.

Telefon 041 397 01 88

ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger
Schweizerin in neuerem Haus:

1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im

EG. Keine Treppen und Tritte beim
Zugang.

Telefon 078 772 68 11

**Schweizerin sucht 2- bis 3-Zim-
mer-Wohnung in Zürich und Um-
gebung.** Auch ein Hausteil kommt
in Frage. Vermieter melden sich
bitte telefonisch oder per E-Mail
bei oben stehender SD-Marktplatz-
Adresse. Besten Dank!

ZU VERKAUFEN:

**6 Paar Arbeitshosen von «Lut-
teurs»,** mit leichter weisslicher
Maserung (je 3 blaue und 3 grüne),
ungebraucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

Diverse Saab 9-5, Klima, Leder,
Automat, top Zustand, ab MFK, Ga-
rantie, ab Fr. 5900.–, Tausch, Teil-
zahlung ohne Anzahlung möglich,
weitere Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

**4½-Zimmer-Hausteil jetzt zu ver-
kaufen** im Bezirk Affoltern (ZH). Zu
diesem gemütlichen Haus gehören
ein grosser Schopf mit Garage und
Waschraum mit V-Zug-Maschinen.
Im kleinen Schopf sind Werkzeuge
für den grossen Garten mit etlichen
Obstbäumchen und Beerensträu-
chern. **Ideal für SD-Eltern mit 2 bis
3 Kindern.**

Auskunft, wo das Haus genau steht,
erhalten Sie über die oben stehende
SD-Marktplatz-Adresse; dies auch
telefonisch oder per E-Mail möglich.

GESUCHT:

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

BEKANNTSCHAFTEN:

Berner, 50 plus, 185/85, NR, Augen-
farbe grün/blau – sucht lustige
Schweizerin für Camping, zum Ko-
chen und Backen, Essen und Trin-
ken, Baden und Sauna.

Danke zum Voraus für Antwort.

Telefon 079 333 68 68; bis bald!

EIN GUTER RAT:

Schlüsselbund schon mal verloren?
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-
bund eine billige Plastiketikette und
vermerken Sie darauf ihre **Handy-
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn
von Fr. ? zugesichert!

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

**Fondation Beyeler zeigt
Giovanni Segantini**

Dieser grosse in Arco am Gardasee
geborene Maler (1858–1899) ist be-
kannt durch seine Bilder von Bergen
und des naturnahen Lebens von
Bauern mit ihren Tieren. Der 10
Jahre jüngere und ebenfalls sehr be-
kannte Giovanni Giacometti beglei-
tete den Künstler jahrelang als
Freund und Schüler. Segantini füh-
rte ein aussergewöhnliches Leben,
welches ihn von Mailand über Sa-
vognin ins Engadin nach Maloja
führte. Sein künstlerisches Wirken
ist von der Verehrung der Bergwelt
und der Natur bestimmt.

Diese einmalige Ausstellung ist noch
bis zum 25. April zugänglich.
Fondation Beyeler, Baselstr. 101,
4125 Riehen bei Basel.
www.beyeler.com
Öffnungszeiten: Täglich 10 – 18 Uhr,
Mittwoch 10 – 20 Uhr

Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>


Eidg. Volksinitiative

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen
www.marche-blanche.ch, Tel. 022 360 02 43

Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»
Tel. 044 737 48 29


Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **Bezirk Baden und Umgebung:**
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00
Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest.
«Bahnhof Süd» in Bümpliz-
Süd (Restaurant ist unmittel-
bar beim Bahnhof). Jeden letzten
Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden 1.
Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Lucern-Innerschweiz:**
Stamm im Rest. «Listrig» in
Emmenbrücke. Jeden 2. Mon-
tag im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:**
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülflingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei
einem Feiertag eine Woche später).

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am
1. Montag des Monats Stamm ab 20
Uhr. Jetzt **neu** in der «Sportbar» an
der Rheinstr. 4 in Liestal. Wir sind
alles Junge!

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast
jeden Donnerstag (siehe www.jsd.ostschweiz.ch oder 079 836 90 87)
im Restaurant «Löwen» in Tobel
(TG), ab 20 Uhr. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

 **Kandidierende von SD und
JSD für den Baselpieter
Landrat stellen sich u.a. an
folgenden Standaktionen vor.**
Infomaterial liegt bereit!

– **Birsfelden,** bei der Hst. Schulstrasse,
26. Febr., 9.00–11.00 Uhr
– **Pratteln,** beim Dorfplatz, 26. Febr.,
13.30–16.00 Uhr
– **Muttensz,** Nähe Hst. Dorf, 5. März, 9.00–
11.30 Uhr
– **Arlesheim,** Zentrum, 12. März, 9.00–
11.30 Uhr
– **Münchenstein,** Gartenstadt, 19. März,
9.00–11.30 Uhr
– **Liestal, Städtli,** 19. März, 9.00–11.30 Uhr

Landratswahlen Baselland

Gegen Übervölkerung – Für eusi Heimet – Liste 9!

Am 27. März sind im Baselbiet Landratswahlen. Vor 4 Jahren erreichten wir ein Landratsmandat, das seither **John Stämpfli** aus Münchenstein inne hat. Neu ist vor einigen Monaten der ehemalige SVP-Landrat **Josua Studer** aus Allschwil zu uns gestossen. Wir haben mit unseren Listen ein grosses Ziel: **Stimmen- und Mandatsgewinne!** Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns mit den Jungen Schweizer Demokraten (JSD) zu einem Wahlverbund zusammengeschlossen. **Unsere Liste heisst: «Schweizer Demokraten und Junge SD – für eusi Heimet».** Nebst unserem Anti-Überfremdungsprogramm setzen wir bewusst auch soziale und ökologische Tupper in unserer Politik. So wie das unsere Partei seit 50 Jahren tut!

Lange haben wir uns überlegt, wo wir kandidieren sollten. Im Oberbaselbiet wäre dies auch noch in drei Wahlkreisen möglich gewesen. Dennoch haben wir uns gesagt, dass es besser ist, unsere vorhandenen Mittel und Personen, die wir haben, auf unsere beiden stärksten Wahlregionen im mittleren und unteren Baselbiet zu konzentrieren. **Also treten wir mit teilweise kumulierten, aber vollen Listen in den Wahlkreisen Muttentz, Münchenstein, Reinach, Laufen, Pratteln und Liestal an.**

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert wählen!

Erstmals machen wir auch einen **Internet-Wahlkampf** mit einer eigenen Wahlhomepage unter

www.sd-bl-wahlen.ch

Daneben sind wir im **Facebook** aktiv und machen bei **www.smartvote.ch** mit.

Wir nutzen also die neuen Medien aktiv, um an neue Wählerschichten heranzutreten!

Daneben haben wir das volle normale Werbeprogramm mit einem Flugblatt in jede Haushaltung, einem sehr grossen Plakatvollausschnitt, Inseraten und vielen Standaktionen (siehe Seite 8 unter Veranstaltungshinweisen).

Die Liste 9 stellt total 29 kandidierende Männer und Frauen

- davon 10 Frauen (34%) und 19 Männer (66%)

- davon 9 unter 25 Jahre alt (31%)
- davon 19 erstmals auf unseren Listen Kandidierende (66%).

Unser Plakat sieht so aus:



Wahlregion 2 mit insgesamt 32 Mandaten: Für die Mandatsausmittlung werden die Stimmen der Wahlkreise Muttentz, Münchenstein, Reinach und Laufen zusammengezählt.

Wahlkreis Muttentz, 9 Mandate



Josua M. Studer, Landrat, bisher und Einwohnerrat, 1963, Angestellter im öffentlichen Dienst, sowie Jean-Claude Cattin, 1975, Servicetechniker / Erwin Steiger, e. Gemeindegemeinschaftsmitglied, 1947, Rentner / Rahel Keller-Külling, e. Gemeindegemeinschaftsmitglied, 1958, Eidg. dipl. Praxisassistentin und Hausfrau / Brigitte Hermann, 1961, Verkäuferin.

Wahlkreis Münchenstein, 7 Mandate



John Stämpfli, Landrat, bisher, 1963, Kaufmann, sowie Brigitte Stämpfli, 1965, Betriebssekretärin / Bruno Hermann, 1960, Sicherheitsmitarbeiter / Kurt Hirschi, 1949, Polizist/Kapo BS / Susanne Studer, Einwohnerrätin, 1961, Angestellte im öffentlichen Dienst.

Wahlkreis Reinach, 10 Mandate



Urs Hammel, e. Landrat und e. Einwohnerrat, 1954, Visiteur, sowie Lukas Brodbeck, e. Einwohnerrat, 1948, Treuhänder/lic.rer. pol. / Geremia Simonella, 1987, Heizungsmoniteur / Agnes Kessler, 1937, Sekretärin / Armin Hauser, 1939, Techniker.

Wahlkreis Laufen, 6 Mandate



Christian Stich, 1968, Angestellter im öffentlichen Dienst, sowie Tiphaine Bürgin, 1978, Wirtin / Stephanie Schneiter, 1980, Kleinkindererzieherin.

Wahlregion 3 mit insgesamt 17 Mandaten

Für die Mandatsausmittlung werden die Stimmen der Wahlkreise Pratteln und Liestal zusammengezählt.

Wahlkreis Pratteln, 8 Mandate



Rudolf Keller, e. Nationalrat und e. Landrat, 1956, eidg. dipl. Kaufmann, sowie Ivo Schuler, 1991, Elektroinstallateur i.A. / Gabriella Minder, 1963, Offsetmonteurin / Trudi Wirz, 1934, Rentnerin.

Wahlkreis Liestal, 9 Mandate



Marco Schällmann, Präsident Junge SD, 1990, Fachmaturand Soziales, sowie Patric Flubacher, 1991, Koch / Florian Gut, 1990, Automobilfachmann / Florian Bärtschi, 1990, Schreiner / Konstantin Strub, 1990, Student / Simon Martin, 1991, Elektriker / Melanie Rudin, 1991, Chemielaborantin/Studentin biomed. Analytik HF.

Chaotische Baselbieter Finanzpolitik!

Verantwortlich für die Finanzpolitik unseres Kantons sind die FDP, die CVP, die SVP und die SP. Sie stellen die Regierung (4 Bürgerliche, 1 SP). Und im Landrat haben sie die überwältigende Mehrheit. **Vor allem unter bürgerlicher Führung wurde mit gütiger Mithilfe von SP und Grünen an allen Ecken und Enden Geld ausgegeben.** Alles lief gut, bis plötzlich der FDP-Finanzdirektor Adrian Ballmer (nicht mehr wählen!) «Halt!» rief. Der Schuldenberg wird immer grösser! Da wurde also in den letzten Jahren keine sparsame, weit-sichtige und gut durchdachte Finanzpolitik betrieben. **Um die 100 Millionen Franken beträgt das momentane Defizit unseres Kantons.** Dazu dürften im nächsten Jahr noch Einnahmehinzuflüsse von über 50 Millionen Franken hinzukommen. Diese 50 Millionen erhält unser Kanton nicht mehr von der Nationalbank. Was hat nun der Landrat aus dieser 150-Millionen-Schuldenfalle gemacht? Die bürgerliche Mehrheit beschloss, das

Sparprogramm erst nach den Landratswahlen bekannt zu geben. **Toll: Wir sollen die bekannten Köpfe wieder wählen und wenn sie ihre Ämter wieder für vier Jahre haben, dann gehts reihum ans Kürzen am falschen Ort. Das heisst dann, es werden Dienstleistungen abgebaut, zum Beispiel Krankenkassenprämien-Verbilligungen gekürzt, Gebühren erhöht und vieles andere mehr.** Jetzt sollen wir also die Katze im Sack kaufen. **Nicht mit uns!**

Deshalb können wir keinem bisherigen Regierungsrat die Stimme geben. Und für den Landrat sind wir mit der Liste 9 die Alternative! Dort wo wir nicht für die Landratswahlen kandidieren, empfehlen wir höchstens einzelnen Leuten die Stimmen zu geben – keine andere Liste unverändert einlegen. Danke!

Fortsetzung Seite 10

Landratswahlen Baselland

Fortsetzung von Seite 9

SVP bürgert kräftig ein!

In regelmässigen Abständen muss der Landrat über sogenannte «Sammelvorlagen» für Einbürgerungen von Ausländern befinden. Da werden jeweils mit einer Abstimmung 20, 30 oder mehr Ausländer eingebürgert. **Über Jahre hinweg gesehen ist die einzige Konstante im Baselbieter Kantonsparlament die, dass unsere SD-Landräte immer konsequent gegen diese Masseneinbürgerungen gestimmt haben. Seit 2007 führt auch unser Landrat John Stämpfli diese Tradition weiter!** Andererseits wissen wir, dass die SVP jahraus jahrein Stimmung macht gegen Einbürgerungen. Seit Jahren sieht das aber im Baselbieter Landrat ganz anders aus. Wer das nicht glaubt, soll bitte die Land-

ratsprotokolle dazu ansehen – aber bitte über Jahre hinaus, nicht nur einige Protokolle vor den Wahlen! Die SVP hat im Landrat 20 Sitze. Bei den Landratsabstimmungen betreffend Einbürgerungen sehen die Verhältnisse so aus: Mal sind es 4 Gegenstimmen, mal sind es 6 Gegenstimmen, mal sind es 8 oder 12 Gegenstimmen! Darunter natürlich die SD und manchmal auch einzelne FDP-Leute. Das heisst im Klartext: **Im Durchschnitt stimmt die Hälfte aller SVP-Leute für Masseneinbürgerungen. Und noch schlimmer – einige enthalten sich jeweils vornehm und «mutig» der Stimme.** Mit uns Schweizer Demokraten weiss man, was man hat! Wir sagen in der Öffentlichkeit, was wir im Parlament dann auch stimmen – nämlich **NEIN zu Masseneinbürgerungen.**

Darum Liste 9: Schweizer Demokraten und Junge SD – für eusi Heimet!



Einige JSD-Kandidaten aus dem Wahlkreis Liestal: Marco Schällmann, Patric Flubacher, Florian Gut, Melanie Rudin und Florian Bärtschi.

Schweizer Demokraten ZH im Wahlkampf!

Mit vollen Kandidatenlisten in allen sechs Stadtzürcher Wahlkreisen, in der Stadt Winterthur sowie in den Bezirken Affoltern, Dietikon und Uster streben die Schweizer Demokraten (SD) den Wiedereinzug in den Kantonsrat an, wo sie seit 2007 nicht mehr vertreten sind.

In der kommenden Legislaturperiode wird die Richtplanung revidiert. Dabei wollen die SD im Kantonsparlament für die strikte Beschränkung des Siedlungsgebiets auf die bereits überbauten Flächen kämpfen. Nur so kann die rasant fortschreitende Überbevölkerung und Verbetonierung des Kantons Zürich gestoppt werden. Die Schweizer Demokraten treten unter dem Motto **«national – umweltbewusst – sozial»** zu den Kantonsratswahlen an. «National» bedeutet, dass die Interessen der Einheimischen vorrangig sind, der ausländischen Einmischung (EU etc.) Einhalt geboten wird und insbesondere die Islamisierung und «Drittweltisierung» unseres Landes aufhören sollen. Natur und Landschaft sind unsere Lebens- und Ernährungsgrundlage. Sie sollen vor der Überbevölkerung und vor der Profitgier von Managern und Spekulanten geschützt werden. Heimatverbundene Politik ist immer auch sozial, denn der Zusammenhalt der Volksgemeinschaft hängt wesentlich davon ab, dass die sozialen Unterschiede nicht allzu gross werden und der

Wirtschaftsfaktor «Arbeit» nicht weniger zählt als das Kapital. Der Kanton Zürich hat auch als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Nachstehend die **Kandidatenlisten** der Schweizer Demokraten (SD) für die Stadt Zürich sowie die Bezirke Dietikon und Affoltern:

Kreise 1 und 2

1. Meuli Roger, 1972, SBB-Angestellter
2. Lanker Andreas, 1974, Hochbauzeichner
3. Tissot Charles, 1951, kaufm. Angestellter
4. Fässler Ralph, 1966, Maler
5. Blum Regula, 1948, Bankangestellte



Kreise 3 und 9

1. Wenger Christian, 1974, Bahnangestellter
2. Spiess Therese, 1951, Familienfrau
3. Wietlisbach Paul, 1944, Kaufmann
4. Arnet Pascal, 1975, Heizungsmonteur
5. Ströbl Brigitte, 1949, kaufm. Angestellte
6. Helbling Bruno, 1962, Liegenschaftsbewirtschafter
7. Götz Roy, 1981, Hauswart
8. Suremann Claude, 1956,



- Leiter techn. Dienst
9. Schär René, 1945, Sanitär-Installateur
10. Graf Marlis, 1948, Köchin
11. Schwendimann Pius, 1955, Maler / Tapezierer
12. Engel Fritz, 1943, Buchhalter

Kreise 4 und 5

1. Kost Rita, 1959, Familienfrau
2. Arnold Franz, 1958, Tramführer / Buschauffeur
3. Bühler Rolf, 1950, Fotograf
4. Casutt Hildegard, 1948, Büroangestellte
5. Tröndle Peter, 1972, Lagerist



Kreise 6 und 10

1. Joss Kurt, 1952, Hauswart
2. Hegetschweiler Daniel, 1966, Gärtner / Florist
3. Albrecht Daniel, 1976, Maler
4. Tellenbach Alice, 1958, Zahnarztgehilfin
5. Diener Hans-Peter, 1959, Tramführer / Buschauffeur
6. Spengler Walter, 1942, Notariatsangestellter
7. Lendi Albert, 1956, Sanitär-Installateur
8. Buttlinger Gertrude, 1954, Hausfrau



9. Masino Isabelle, 1966, Sicherheitsdienst-Angestellte

Kreise 7 und 8

1. Schnellmann Edwin, 1955, Kaufmann / Buchhalter
2. Jenny Rosa Maria, 1959, Personal-Fachberaterin
3. Hümbeli Hansruedi, 1945, Maler / Künstler
4. Burri Werner, 1938, Heizungsmonteur
5. Schmid Tissot Monica, 1963, Verwaltungsangestellte
6. Wenger Anita, 1949, Geschäftsfrau



Kreise 11 und 12

1. Wobmann Walter, 1960, med. Lagerist
2. Blöchlinger Patrick, 1977, Geschäftsführer / Gemeinderat
3. Gassmann Esther, 1972, Pflegefachfrau
4. Hausherr Michael, 1971, Masseur
5. Jungen Christian, 1955, Bauleiter
6. Brunner Patrick, 1980, Servicetechniker RWA



Fortsetzung Seite 11

Wussten Sie dass, ...

... Saudi-Arabien auch eine Atom-macht ist. Ihre einsatzbereiten Nuklear-Sprengköpfe sind zurzeit noch in Pakistan gelagert und sollen jetzt repatriert werden. Pakistan gilt nicht mehr als zuverlässiger Partner. Mit diesem faulen Trick konnten die Saudis stets behaupten, nicht im Besitze von Atomwaffen zu sein. Die amerikanischen und englischen Geheimdienste aber sollen schon in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts gewusst haben, dass die pakistanische (und saudische) Aufrüstung zur Atommacht mit Hilfe saudischen Geldes realisiert wurde. Unglaublich, dass die «friedliebenden» Amerikaner gegen diese Ausbreitung von Atomwaffen nie protestiert haben.

Aber eben – Ölreichtum ist in der Weltpolitik ein gutes Schmiermittel!

... es gefährlich sein kann, an Geld-Automaten Geld zu beziehen. Nach englischen Untersuchungen sind die Tastaturen oft massiv verseucht mit «Pseudomonas-Bakte-

rien», welche Ursache sein können für Lungenentzündungen, Durchfälle, Harnwegerkrankungen und Vereiterungen. Es wird empfohlen, zum Benutzen dieser Einrichtungen grundsätzlich Handschuhe zu tragen. **Schöne neue Welt!**

... Brüssel mit dem Super-Gau der Schuldenkrise in den kommenden Monaten rechnet. Als Heilmittel empfehlen die Brüsseler Bürokraten die Notenpresse heiss laufen zu lassen. Inflation hin oder her! Präsident Nicolas Sarkozy hat diese Sicht indirekt am WEF soeben bestätigt, indem er «auf Teufel komm raus», zusammen mit Frau Merkel, am Euro festhalten will. Aber gleichzeitig führen Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark Geheimverhandlungen über die Gründung einer eigenen Währungsunion.

Wir können uns auf spannende Zeiten einstellen!

... die Schweiz zunehmend als Risikoland für die Geld-Wertaufbewahrung gilt. Die extrem hohe Verschuldungsquote des schweizerischen Immobilienbestandes und die gefährliche Politik der Nationalbank in den letzten Jahren (Verschleuderung eines grossen Teils der Goldreserven; massive Aufblähung von Devisen in Euros und USD) aus bekannten Gründen, bilden zusammen mit der gigantischen Grösse unserer Grossbanken ein Gefahrenpotential, das einen Crash nicht mehr ausschliesst. **Die Finanzministerin Frau Widmer-Schlumpf bekommt noch einmal Gelegenheit, ihre Voraussicht und Tatkraft zu beweisen!**

... amerikanische und deutsche Pharma-Unternehmen ihre klinischen Untersuchungen mit neuen Medikamenten gerne und zunehmend in Ländern ausführen lassen, die wegschauen, wenn es um unerwünschte Nebenwirkungen oder fehlende Wirkung geht. Die Bescheinigung der gewünschten Eigenschaften sind in Ländern wie Indien, China, Pakistan, Ukraine, Kasachstan und Rumänien relativ leicht zu erhalten. Auf diesem Hintergrund ist die Forderung der schweizerischen Gesundheitsbehörde für den Nachweis der Zweckmässigkeit, der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit für die Anthroposophische Medizin, die Homöopathie, die Neuraltherapie, die Phytotherapie und der traditionellen chinesischen Medizin, mehr als eine Provokation gegenüber den



«Weil man die Währungsreserven nicht mehr brauche», tauschte auch die Nationalbank Gold gegen wertlose Dollars und Euro.

Alternativmedizinern. Mit den oben genannten Kriterien könnte die gesamte Schulmedizin, insbesondere bei den chronischen Erkrankungen und den Krebstherapien hinterfragt werden und sehr viele müssten zweifellos aus dem Katalog der Grundversicherung gestrichen werden. **Fragen nach den Supergewinnen der pharmazeutischen Industrie und der Motivation dieser Industrie für ihre Forschung dürfen schon gar nicht gestellt werden.**

... der Friedensnobelpreis, resp. dessen Träger, immer häufiger zum Zerrbild werden? So hat insbesondere der 87-jährige Henry Kissinger, wie soeben bekannt wurde, das hehre Bild des Friedensnobelpreisträgers gehörig ramponiert. In einem Gespräch im Weissen Haus sagte der gebürtige Jude: (Zitat):

Selbst wenn sie (gemeint war die russische Führung) die Juden in Gaskammern stecken, dann interessiert es uns als Amerikaner nicht.

Dabei ging es darum, vermehrt russischen Juden die Ausreise aus der damaligen UdSSR zu ermöglichen.

Kissinger ist vielfach und vielerorts geehrt worden. Dabei wurde bis heute nicht beachtet, dass er wegen Hilfeleistung für Militärputsche (etwa in Chile 1973 oder in der Operation Condor) ins Visier von Menschenrechtsorganisationen geraten ist. Als Lügner bekannt wurde Kissinger in Bezug auf die indonesische Invasion von Osttimor, die von Dezember 1975 bis Februar 1976 rund 60'000 Menschen das Leben kostete. Stets behauptete er, von diesen Plänen

nichts gewusst zu haben: Nun hat sich nach der Freigabe der entsprechenden Regierungsdokumente gezeigt, dass er sehr wohl zum Voraus davon gewusst – aber nichts gegen den Genozid unternommen hat.

Man merke sich: Ein Friedensnobelpreis ist keine Garantie für hohe menschliche Qualität des Trägers!

... die **Alzheimer-Erkrankungen in den USA um 600% angestiegen sind**, seit der Süsstoff **Aspartam (E 951)** freigegeben wurde.

Aspartam zerfällt im menschlichen Körper in verschiedene Nervengifte. Bis Mitte der 70er-Jahre stand Aspartam auf einer CIA-Liste, als mögliches Mittel zur chemischen Kriegführung!

Aspartam zerfällt im menschlichen Körper in seine Grundsubstanzen – Asparaginsäure (40%), Phenylalanin (50%) und Methanol (10%). Schon geringe Mengen Methanol – über einen grösseren Zeitraum eingenommen, akkumulieren sich im Körper und schädigen alle Nervenzellen, ganz besonders die sehr empfindlichen Sehnerven und die Hirnzellen.

Aspartam wird von der Firma **Monsanto** vermarktet, die sich gleichzeitig als Sponsor der Diabetes-Gesellschaft präsentiert. Diabetes bewirkt dieselben Spätfolgen wie eine Methanol-Vergiftung!

... **Chemtrails** durch das Versprühen von Chemikalien in grosser Höhe entstehen. Insbesondere Aluminium ist in den Niederschlägen stark erhöht. Hohe Alu-Konzentrationen aber sind für Mensch und Tier giftig!

... das **Schicksal des Menschen schon als Säugling bestimmt wird**. Der amerikanische Hirnforscher Greenspan hat nachgewiesen, dass die Entfaltung des Gehirns massgeblich von den mütterlichen Zuwendungen beeinflusst wird, die das Kleinkind in seinen ersten Lebensjahren erfährt. So sagte er, dass die Familie der entscheidende Ort der Intelligenzentfaltung sei. Sie sei für eine Gesellschaft, die Zukunft haben wolle, unverzichtbar. Der Hirnforscher formuliert:

Wenn es die Familie nicht gäbe, müsste man sie schnellstens erfinden. Die Familie abzuschaffen, wie heute massgebende Stimmen verlangen, ist gleichbe-

Fortsetzung Seite 12

Schweizer Demokraten ZH im Wahlkampf!

Fortsetzung von Seite 10

7. Diethelm Esther, 1958, Verkäuferin
8. Hegetschweiler Claudia, 1967, Bäcker-Konditorin
9. Lienhard Brigitte, 1957, Hausfrau
10. Venzin Andreas, 1987, Metallarbeiter
11. Steiner Rolf, 1954, Automechaniker
12. Schindler Sandra, 1989, KV-Lernende

Bezirk Dietikon

- 1./2. Wahl Roland, 1963, Reisezugbegleiter
- 3./4. Freitag Roger, 1966, Lokführer
- 5./6. Forer Davide, 1968, Zugchef SBB
- 7./8. Weidmann Ida, 1934, Hausfrau
- 9./10. Weidmann Julius, 1932, Rentner
11. Grob Thomas, 1966, kaufm. Angestellter

Bezirk Affoltern

- 1./6. Meier Jonas, 1978, Landschaftsgärtner
- 2./4. Ernst Sonja, 1977, kaufm. Angestellte
- 3./5. Joss Nicola, 1992, Logistiker EFZ (in Ausbildung)

Wussten Sie, dass...

Fortsetzung von Seite 11

deutend mit Selbstmord eines Volkes.

Je kollektiver vom Kleinkindalter an erzogen, desto verwahrloster, neurotischer, krimineller, gewalttätiger, suchtgefährdeter werden die Heranwachsenden.

... sich das **Bundesamt für Gesundheit (BAG)** zunehmend als innerer Feind unseres Volkes zeigt. Mit den AIDS-Kampagnen (mit dem Ausblenden der Lebensform

der sexuellen Enthaltsamkeit) fing es an. Der de facto Zwang zur Impfung vor allem der Kleinkinder gegen alle möglichen Krankheitserreger fordert ungeheure Opfer (geschädigte Kinder!) und bringt zudem unsere Krankenkassen in Schwierigkeiten, da alte Menschen nicht mehr an einer relativ kurz dauernden Erkrankung sterben dürfen. Mit dem neuesten Angriff auf die Familie (Frühsexualisierung der Kinder) überspannt das BAG eindeutig den Bogen und weckt hoffentlich den Widerstandswillen der Bevölkerung. Was Les-

ben- und Schwulen-Organisationen in diesem perfiden Gemeinschaftsunternehmen zu tun haben, ist ohnehin so offensichtlich, dass jedem normal empfindenden Vater, jeder um das Glück ihrer Kinder besorgten Mutter, sämtliche Alarmglocken läuten müssen.

Mit dem geplanten, permissiven Sexualunterricht werden die ethischen, moralischen und religiösen Wertvorstellungen der Eltern untergraben. Die Umerziehung aber hat einen politischen Hintergrund. Die sexuelle Stimulierung der Schüler ist eine Vorausset-

zung, um die sozialistische Umstrukturierung der Gesellschaft voranzutreiben und den Autoritätsgehorsam – einschliesslich der Kindesliebe zu den Eltern – gründlich zu beseitigen.

Wir stehen vor einem wahrhaft teuflischen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft. Wieso schweigen eigentlich die grossen politischen Parteien bürgerlicher Provenienz? Wo sind die Kirchen in unserem Lande?

Haben sie vergessen, dass **wer nicht kämpft, den Kampf schon verloren hat!** *Tino Giacomo*

Leserwiderspruch

Kritische Anmerkung zum Artikel in der Januar-Ausgabe des «Schweizer Demokrat» zum Thema

«Die Weltwoche produziert Märchengeschichten!»

Sehr geehrter Herr Borner,
«Viele Leserinnen und Leser des «Schweizer Demokrat» schlagen auch regelmässig die Seiten der Weltwoche auf. Normalerweise berichtet diese Wochenzeitschrift über Geschehnisse in einer Weise, wie man dies in andern Pressezeugnissen (Ausnahme: «Schweizer Demokrat») nicht findet. Die WW nimmt üblicherweise...»

Da haben Sie aber die Zeitschrift «Recht+Freiheit» zu erwähnen vergessen. Darin liest man sogar über Vorkommnisse, die man auch im Schweizer Demokrat vermisst. In unserer Presselandschaft gibt es keine Zensur, aber sie funktioniert vortrefflich. Die Nachrichten von Depeschagenturen stammen aus der gleichen Küche. Desinformation wird auf allen Kanälen, Print wie elektronischen, mit Eifer gepflegt. Da hilft nur, sich in Geschichtsbüchern, die nicht der Sieger geschrieben hat, kundig zu machen. Unser Planet ist mit einem grossen Lügennetz umspinnen, unter dem Betrug, Korruption, Gaunereien, Manipulationen (...) ihren Platz finden.

Dass früher die Nationale Aktion mit der Zeitung «Volk+Heimat» in «Schweizer Demokrat» umbenannt wurde, habe ich damals schon bedauert. **Denn mit dem Ausdruck «Demokratie» wird zu oft Schindluderei betrieben.** Denken Sie nur daran, was die «einzige Demokratie» im Nahen Osten sich alles erlaubt: Einrichtung des grössten Konzentrationslagers im Gazastreifen; Siedlungsbau auf gestohlenem Gebiet; sanktionierte Folter durch deren Justiz; Zerstö-

rung der Lebensgrundlagen durch die Besatzer u.a.m.

Im 8. Buch «Politeia» meint Platon: So kommt denn natürlicherweise die Tyrannei aus keiner anderen Staatsverfassung zustande als aus der Demokratie, aus der übertriebenen Freiheit die strengste und wildeste Knechtschaft. Und Herzog Charles Talleyrand (1754 – 1838) stellte schon damals fest: «Die Justiz ist die Hure der Politik».

Dabei möchte ich es bleiben lassen. Mit freundlichen Grüssen

Walter Guler, Zürich

Sehr geehrter Herr Guler,

Besten Dank für Ihre Zeitschrift. Mit vielem, was Sie in Ihrer Stellungnahme erwähnen, gehen wir einig! Wir finden es gut, wenn im gedruckten Blätterwald (leider immer weniger und überall derselbe Tannenwald!) auch die Zeitschrift «Recht+Freiheit» erscheint. Gewiss, auch dort gibt es regelmässig Dinge zu lesen, die sonst nirgends zu finden sind. Schade ist nur, dass «Recht+Freiheit» von einer einzelnen Person redigiert wird und deshalb die Vielfalt an Meinungen sehr eingeschränkt wird. Der «Schweizer Demokrat» ist, zugegeben, ein Parteiorgan – will dies auch sein – doch wird diese Zeitung von einer national denkenden Redaktionsgruppe (um nicht «Team» sagen zu müssen!) «gemacht» und ist dementsprechend inhaltlich breitgefächert. Aber nicht nur dies! Im «Schweizer Demokrat» erscheinen auch regelmässig Artikel, die nicht unbedingt die Meinung der Partei der Schweizer Demokraten widerspiegeln. Wenn ein solcher Artikel

gelegentlich sehr «happig» ausfällt, folgt am Ende desselben eine «Anmerkung der SD-Redaktion», die ihren Kommentar dazu abgibt. Selbstverständlich drucken wir keine Texte ab, die mit der schweizerischen Politik/Gesellschaft gar nichts zu tun haben – unwahr, het-

zerisch oder ehrverletzend sind. Gleiches geschieht mit Texten, die nicht vom Zusender selbst geschrieben wurden.

Mit patriotischen Grüssen

Markus Borner,
Redaktionsmitglied

Leserbrief**Elendes Treiben organisierter Krimineller!**

«Gezielter Kampf gegen Dealer»
Der Bürger erwartet von den Medien eine präzise Berichterstattung. Der Titel des erwähnten Artikels im «Anzeiger von Uster» vom 11.9.10 müsste also heissen: **«Gezielter Kampf gegen ausländische Drogendealer»**. Dass der Handel, respektive Import dieser Teufelsware Drogen durch Ausländer aus dem Balkan, mehrheitlich Kosovo-Albanern und von Afrikanern organisiert wird, ist Tatsache.

Bald Zeit für Armeeinsatz

Um diesem elenden Treiben zugehauener Krimineller endlich Einhalt zu gebieten, braucht es restriktive Ausländerkontrollen und mehr Machtbefugnisse und Unterstützung der Polizei und Gerichtsbehörden, sowie natürlich mehr finanzielle Mittel. Sicherheit ist nicht gratis, aber höchstes und wichtigstes Gut in unserem Land! In der Bundesverfassung ist verankert, dass die Armee aufgeboden werden muss, wenn die innere Sicherheit und der soziale Frieden nicht mehr gewährleistet werden können: Davon sind wir nicht mehr weit entfernt!

Offene Schleusen

Es ist einfach unglaublich, was seit der realisierten Personenfreizügigkeit in diesem Land geschieht.

Dank der offenen Schleusen hat auch die organisierte Ausländerkriminalität erschreckend zugenommen. Diese Leute drängen in unser Land und scheren sich keinen Deut um unsere Gesetze. Warum sollten sie auch? Im Gefängnis haben sie ein Dach über dem Kopf und wenn sie Tüten kleben, bekommen sie auch noch ein Sackgeld. Über 80 Prozent der Gefängnisinsassen sind Ausländer aus über hundert Nationen. Ein Gefängnisplatz kostet im Schnitt täglich über 400 Franken; dazu kommt noch die Verhättselungstherapie... Wie lange braucht der Bürger noch, bis er die Ärmel hochkrempelt und selber für Ordnung sorgt? **Doch den Meisten fehlt dazu leider der Mut!**



Werner Kessler

Apropos Sarrazin: Ich bin überzeugt, dass die Schweiz durch die eigenen Bürger schneller abgeschafft wird als Deutschland...

Wie lange braucht der Bürger noch, bis er die Ärmel hochkrempelt und selber für Ordnung sorgt? **Doch den Meisten fehlt dazu leider der Mut!**

Apropos Sarrazin: Ich bin überzeugt, dass die Schweiz durch die eigenen Bürger schneller abgeschafft wird als Deutschland...

Werner Kessler,
SD-Gemeinderat, Uster



La Suisse aux Suisses

Raisons de soutenir les Démocrates Suisses (DS)



1. Pour la protection de la nature et de l'environnement, contre une croissance débridée

L'amour de la patrie implique la protection de l'environnement, de la nature et du patrimoine. Sans une politique écologiquement responsable, tout peuple est menacé dans sa substance même. Les intérêts économiques doivent être subordonnés à la protection de l'environnement et de la nature, comme nous l'avons exigé dès les années 1960. Le matérialisme a été le moteur de la destruction des bases naturelles de la vie. Une politique de l'environnement qui ne tient pas compte des facteurs démographiques n'est pas crédible. Nous soutenons pour cette raison une production agricole indigène et respectueuse de la nature, et refusons les oukases de l'UE en matière agricole. Nous sommes favorables à une sortie du nucléaire à moyen terme et à l'encouragement des énergies renouvelables.

2. Pour une politique sociale, contre l'internationalisme

Nous exigeons, à juste titre en ces temps de «mondialisation», qu'une protection et une priorité sans faille soient assurées aux employés et apprentis suisses sur le marché du travail ainsi qu'aux étudiants suisses dans le domaine de la formation. Nous exigeons encore, en place de distribuer des milliards à l'étranger, que cet argent serve à consolider nos assurances sociales. On

pourra ainsi arrêter la spirale de l'augmentation des primes des caisses d'assurance-maladie et assurer les rentes AVS et AI. Les abus en matière d'AI doivent être combattus sans ménagement. Les rentes du 2e pilier ne doivent pas être réduites. Nous demandons une adaptation au renchérissement pleine et automatique des salaires et des rentes. Nous refusons la distribution de bonus, préjudiciable à l'économie. Le système des bonus est une spoliation du peuple. Les indépendants et les entrepreneurs (PME) doivent avoir un avenir en Suisse.

3. Pour l'avenir des familles suisses, contre les dépenses en matière d'asile

L'attitude antinataliste de la classe politique ainsi qu'une conception matérialiste de la vie ont fait de la Suisse un pays dans lequel naissent peu d'enfants, ce qui menace sérieusement l'avenir des retraites. Les enfants sont de plus devenus le principal facteur de paupérisation des familles. Nous voulons en particulier soutenir les familles suisses par des allègements fiscaux et des allocations pour enfants plus élevées au lieu de faire venir encore davantage d'étrangers dans notre pays.

4. Pour la liberté d'expression, contre la loi antiraciste

Aucun pays n'est autant submergé par l'immigration que la Suisse (plus de 1'600'000 personnes ont reçu un droit de séjour définitif; à cela s'ajoutent plus de 120'000 requérants d'asile et personnes bénéficiaires d'un statut spécial, et environ 300'000 «sans-papiers»). C'est pourquoi les DS refusent la loi antiraciste (loi muselière), antisuisse dans les faits. La police et la justice ont mieux à faire que de poursuivre ceux dont le seul tort est de penser autrement et de critiquer l'immigration.

5. Pour l'arrêt de l'immigration, contre le chaos multiculturel

L'augmentation massive du nombre d'immigrés et le faible taux de natalité des Suisses de souche menacent l'existence même du peuple

suisse. Dans de nombreuses agglomérations, les Suisses sont déjà devenus minoritaires dans leur propre pays. En outre, l'augmentation constante de la densité de la population entraîne la destruction du paysage, de la nature et de l'environnement. L'immigration de masse doit enfin être stoppée. La Suisse doit rester le pays des Suisses, avec sa culture propre. Par conséquent, nous exigeons le retour aux contingents avec les pays de l'UE (application de la clause de sauvegarde).

6. Pour l'identité suisse, contre l'éclatement de la société

Le nombre élevé de réfugiés et d'étrangers non assimilables issus de contrées exotiques altère notre caractère national. La Suisse doit devenir inattractive pour les «sans-papiers» et autres immigrés illégaux. Nous exigeons un meilleur contrôle des frontières et une justice qui poursuive de manière rigoureuse et systématique les abus en matière d'asile. De plus, nous exigeons que l'octroi de la qualité de réfugié soit limité dans le temps; celui qui n'est plus persécuté ou menacé doit repartir. Seul peut être naturalisé celui qui jouit d'une bonne réputation et qui s'est adapté à nos us et coutumes. Dans un pays surpeuplé comme la Suisse, une politique de naturalisation responsable implique de retrancher les personnes naturalisées du nombre d'étrangers autorisés à séjourner en Suisse. C'est tromper le peuple que de naturaliser pour maquiller la statistique des étrangers. Nous sommes opposés à la double nationalité. Les délinquants naturalisés depuis moins de dix ans doivent être déchés automatiquement de la nationalité suisse une fois que le jugement est exécutoire.

7. Pour la protection de nos paysages, contre le bradage de notre patrie

La vente de résidences secondaires à des étrangers menace également le paysage, la nature et l'environnement. De plus, elle est la source d'une surexploitation de nos infrastructures et porte atteinte au tou-

risme comme source importante de revenus. La loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (Lex Koller) doit être strictement appliquée; elle ne doit en aucun cas être abrogée. Il faut limiter de façon générale la construction de résidences secondaires. De plus, le mitage du paysage et le bétonnage de notre pays doivent cesser.

8. Pour l'ordre et la sécurité, contre la criminalité multiculturelle

La criminalité doit être combattue avec vigueur. Les citoyens suisses et les hôtes étrangers doivent à nouveau, le soir venu, pouvoir sortir de chez eux en toute quiétude. Les criminels, souvent issus d'autres cultures, doivent être poursuivis avec toute la rigueur de la loi. Les auteurs de violences, les violeurs, les pédophiles et les tueurs de policiers, qui seraient incurables ou refuseraient de reconnaître la gravité de leurs actes, doivent être condamnés à la prison à vie, sans réduction possible de leur peine. Un délinquant étranger doit être expulsé à vie du territoire suisse après avoir purgé sa peine.

9. Pour l'identité nationale, contre la mondialisation

La mondialisation engendre une perte d'identité, un démantèlement social, du chômage et la destruction de l'environnement. Les décisions politiques sont de plus en plus souvent prises par des «instances» internationales qui ignorent les réalités existant à l'échelle nationale. Il faut mettre un terme à la folie mondialiste, car l'économie doit être au service du peuple et non le contraire. L'aide aux pays en voie de développement doit être crédible, par exemple en soutenant les distributeurs qui pratiquent le commerce équitable et l'aide directe opérée sur place. Les États qui refusent de reprendre les demandeurs d'asile doivent être écartés de l'aide financière au développement.

La Suisse aux Suisses*Suite de page 13***10. Pour la liberté, contre les
oukases de l'UE**

Les DS rejettent catégoriquement une adhésion à l'UE centraliste, bureaucratique et antidémocratique. Nous ne voulons en aucun cas sacrifier notre liberté, notre indépendance et notre démocratie directe. Notre but est une Europe des Etats souverains. Nous sommes opposés à tout rapprochement avec l'OTAN, contraire à notre neutralité. De plus, l'OTAN s'est transformée en un instrument de l'impérialisme américain. Les Etats-Unis mènent dans le monde des guerres pour la poursuite de leurs propres intérêts économiques. Nous refusons toute participation de l'armée suisse à des opérations militaires à l'étranger. Le soldat suisse doit défendre sa patrie et non des intérêts politiques et économiques étrangers.

**Démocrates
Suisses****La tradition helvétique sauvée**

En ce qui concerne l'initiative sur les armes, nous constatons que le Peuple suisse ne s'est pas laissé abuser par les milieux anti-militaristes qui n'avaient qu'une seule volonté: affaiblir encore plus notre armée de milice dans le but de la supprimer définitivement. De plus, cette initiative aurait fait perdre le contrôle et l'enregistrement d'une grande partie des armes de notre pays du fait que bon nombre de détenteurs n'auraient pas restitué celles-ci à des fins de destruction. La tradition et la responsabilité du Citoyen l'ont emporté sur la méfiance et la ruse sournoise du GSSA.

*Démocrates Suisses (DS)***Elections au Conseil administratif du 17 avril****Les candidats du MCG
dans les communes genevoises**

Le Bureau directeur du MCG a validé les candidatures suivantes et lancera dans la bataille aux exécutifs:

**A Vernier, le magistrat sortant
Thierry Cerutti.****A Onex, le président du MCG et
député Eric Stauffer.****A Lancy, le vice-président du MCG,
député et chef de groupe Roger
Golay.****A Meyrin, le député et membre du
Bureau directeur du MCG Jean-
François Girardet.****A Bardonnex, le député Olivier
Sauty.**

Les candidatures ci-dessus sont
d'ores et déjà validées.

Ville de Genève

En ce qui concerne la Ville de Genève, sont parvenues les candidatures suivantes: Carlos Medeiros, vice-président du MCG et président de la Section Ville de Genève; Pascal Spuhler, vice-président et député; Claude Jeanneret, député; Soli Pardo, Constituant et membre du Bureau directeur.

La candidature pour la Ville de Genève sera validée au soir du 13 mars. Les communes de Thônex, Carouge, Veyrier, Bernex, auront un candidat au Conseil administratif qui sera désigné au soir du 13 mars.

*François Baertschi,
secrétaire général du MCG***Scandales de la gérance de l'Etat et de l'insécurité****Les libéraux au gouvernement: 2 départements sinistrés**

Le département de Mark Muller loue des villas de l'Etat à des prix dérisoires pour certains privilégiés. Le département d'Isabel Rochat est également sinistré. On constate que les libéraux sont visiblement incapables de gérer Genève. Le rêve des Libéraux devient le cauchemar des Genevois!

Nous apprenons par la Tribune de Genève que l'UPCP (l'Union du personnel du corps de police) fait le constat de l'autisme de Mme Rochat en matière de sécurité. Le MCG fait également une constatation qui est encore plus alarmante:

aucune vision pour la sécurité à Genève n'émane de la conseillère d'Etat Isabel Rochat qui gère son département à la petite semaine. Pour preuve, actuellement seuls 432 détenus sont incarcérés à la prison de Champ-Dollon, c'est le plus bas taux de détention depuis 2006! Alors que la criminalité explose à Genève!

En réalité, l'ordre a été donné aux policiers de faire beaucoup plus de travail administratif, laissant ainsi libre cours aux criminels dans les rues, ce qui explique le taux très bas d'arrestations. Chaque citoyen

constatera que la criminalité est en nette augmentation et qu'il y a de moins en moins de policiers dans la rue puisque la conseillère d'Etat libérale astreint, les policiers à d'envahissantes tâches administratives. L'état-major de la police est pris en otage par Mme Rochat qui tente maladroitement de lui faire porter le chapeau de sa propre incompétence. La police a besoin de moyens! C'est pas compliqué!

Le MCG somme la conseillère d'Etat d'agir sans délai afin de remettre les policiers dans la rue pour la sécurité de nos concitoyens

et non dans des bureaux pour des tâches administratives. **Le MCG soutient totalement les revendications de l'UPCP et encourage les mouvements de grève des policiers**, encourage même une manifestation afin que les citoyens sachent que le manque de sécurité à Genève n'est pas la faute des policiers mais du monde politique qui est davantage occupé à engager des frontaliers pour verbaliser les automobilistes plutôt que d'accorder à la police les moyens d'accomplir sa mission.

*Eric Stauffer,
président du MCG***Abonnement «Démocrate Suisse» 2011***Madame, Monsieur,*

Comme vous le savez, l'organe «Démocrate Suisse» sert de lien avec les membres et sympathisants de notre parti, et prend position pour une Suisse indépendante, pour plus de justice sociale et pour un mode de vie respectueux de l'environnement.

Votre versement est une contribution déterminante pour la poursuite de la lutte contre la surpopulation étrangère, contre les abus du droit d'asile et contre l'adhésion de la Suisse à l'Union européenne. Le «Démocrate Suisse» est le seul journal à constituer un véritable contrepoint aux médias cosmopolites.

Nous avons besoin de votre soutien pour que notre combat puisse porter ses fruits. C'est pourquoi nous vous prions de bien vouloir nous verser la somme de 25.- francs dans les meilleurs délais. Nous vous en remercions d'avance.

Avec nos meilleures salutations,
Démocrates Suisses (DS)

*Markus Borner,
ancien membre du Grand Conseil,
Vice-président des DS**Michel Dupont,
Vice-président des DS**Bernhard Hess,
ancien conseiller national,
Secrétaire des DS*

Leserbriefe**Sommarugas Asylpolitik im Abseits**

Im Juni 2005 hat das Stimmvolk knapp dem Schengen-Abkommen zugestimmt. Vor der Abstimmung erklärte der Bundesrat, über Drittstaaten eingereiste Asylbewerber könnten dank diesem Abkommen in die entsprechenden Drittstaaten zurückgeschafft werden.

Im Klartext: Wir würden weniger von Asylbewerbern und Flüchtlingen heimgesucht! Einmal mehr entpuppt sich aber die bundesrätliche Abstimmungspropaganda als falsch. Denn erstens will Bundesrätin Sommaruga nun über Griechenland in die Schweiz eingereiste Flüchtlinge nicht zurückschaffen, da die dortigen Verhältnisse zu prekär seien. Zweitens ersuchte die UNO die Schweiz um die Aufnahme von 35 Kontingentsflüchtlingen, was Sommaruga bewilligte. Drittens liess sie Vorkehrungen treffen, damit Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlingsgruppen aus Nordafrika zur Verfügung stehen.

Das ist für Nordafrikaner die klare Aufforderung, in die Schweiz zu flüchten, wo zum Nulltarif ein viel höherer Lebensstandard und eine erstklassige medizinische Versorgung auf sie warten. Nicht Wenige von ihnen werden die Justiz sowie die Fürsorge beschäftigen und für volle Gefängnisse sorgen. Droht ihnen die Abschiebung, resp. die Rückschaffung, wird das mit Hilfe von gewissenlosen, von unseren Steuergeldern bezahlten Asylanwältinnen unter Ausschöpfung aller Rechtsmittel, jahrelang verhindert. Bis sie schliesslich aus humanitären Gründen vorläufig aufgenommen werden, das heisst, sie bleiben und gehen höchstens noch nach Nordafrika in die Ferien. Bald folgt der Familiennachzug und der Gang aufs Sozialamt, alles selbstverständlich auf unsere Kosten. Wie lange soll dieser Unsinn noch andauern?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Europa ist NICHT eine Einheit!

Der ehemalige SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner redet in einem Artikel in der *Basler Zeitung* davon, Europa sei «geeint» und wir müssten nun über den Platz der Schweiz in Europa diskutieren... Es ist äusserst merkwürdig, dass jetzt, bei herrschender Euro-Schwäche der schweizerische Ruf nach einer erneuten Diskussion über einen EU-Beitritt ertönt. In einer Zeit der europaweiten (weltweiten) Geldknappheit, wird sich der Verteilungskampf noch dramatischer zuspitzen. Von einem geeinten Europa also keine Spur! Dass das Bankgeheimnis in hohem Tempo einfach und ohne Volksentscheid abgeschafft wurde, ist inakzeptabel und widerspricht der noch hängigen Volksinitiative «Bankgeheimnis in die Bundesverfassung».

Jeder objektiv urteilende Ökonom bestätigt, dass es für die Schweiz von Vorteil ist, der EU NICHT beizutreten. Was also sollen diese erneuten Diskussionen, ob wir auf konkursite, stark überladene und im Sinken begriffene «EU-Schiff» aufspringen sollen? Es sind die gleichen Leute, die immer wieder den EU-Beitritt postulieren, gepaart mit der Forderung der «Überwindung des Kapitalismus». Aber ohne Kapitalismus keine Arbeitsplätze = hohe Arbeitslosigkeit und Armut! Zu befürchten ist, dass es diesen notorischen EU-Fanatikern überhaupt nicht um den Erfolg und den Wohlstand der

Schweiz geht, als vielmehr um die Sucht nach internationalem Zentralismus. **Souveränität ist nicht teilbar mit anderen Staaten; ebensowenig die Volksrechte!**

Der Platz der Schweiz ist mitten in Europa. Bürgerinnen und Bürger aus umliegenden Ländern, welche sich für das politische System Schweiz mit den Direkten Volksrechten interessieren, sind aufgerufen, das Vorbild Schweiz weiter zu verbreiten. Es ist indes eine fatale Illusion zu glauben, Schweizer Vertreter könnten dereinst im EU-Parlament die Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild einführen helfen. Solange im EU-Parlament sogenannte «**Dynamische Vertragsänderungen**» einfach so ohne Mitentscheidungsmöglichkeit der Bevölkerung der einzelnen Länder beschlossen werden, beweist dies die völlig andere Mentalität in dieser Europäischen Union. Wenn zu stark divergierende Rechtsauffassungen aufeinanderprallen, sind Konflikte unüberwindbar.

Der ehemalige Vicepräsident der EG-Kommission (heute EU) Martin Bangemann, hat bereits in der NZZ vom 23.04.1991 die Schweiz vor erheblichen nationalen Souveränitätsverlusten, selbst bei einem Beitritt zum EWR gewarnt. Was heutzutage mit nunmehr 27 EU-Mitgliedsstaaten aktueller denn je ist. Deutschland ist das wichtigste EU-Land und sollte Vorbild sein. Aber weder bei der Inkraftsetzung des deutschen Grundgesetzes nach

dem Zweiten Weltkrieg 1949, noch zum EU-Beitritt und der Einführung des Euros, durfte das Volk abstimmen.

Fazit: Die EU hat sich leider nicht weiterentwickelt um volksnaher und direkt-demokratischer zu werden. Sie ist somit unfähig, der

Schweiz beizutreten, da nützt auch die unseriöse Gleichsetzung zwischen dem EU-Staatenbund und der schweizerischen Eidgenossenschaft als Bund der Kantone nichts!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Nein zu neuen EU-Forderungen!

Die Rhetorik des EU-Botschafters und EU-Propagandisten in Bern, Dr. Michael Reiterer, gleicht derjenigen eines aufsässigen Vertreters: Er will partout etwas verkaufen, was minderwertig, zu teuer und erst noch nachteilig ist.

Nun will er von uns weitere Anpassung an das EU-Recht, eine EU-konforme Steuerpolitik sowie sog. Kohäsionszahlungen. Das ist zwar eine Unverschämtheit, aus EU-Sicht aber verständlich. Uns geht es, weil wir nicht in der EU sind, besser als jedem beliebigen EU-Land, was der EU-Führungsriege natürlich ein Dorn im Auge ist. Ein weiteres Ärgernis ist für Brüssel, dass in den letzten Jahren zehntausende EU-Bürger – vornehmlich qualifizierte – die EU verlassen haben und in die Schweiz ausgewandert sind. Dass laut einer Umfrage die Bundesländer Baden-Württemberg und Vorarlberg sich gerne der Schweiz anschliessen

würden (wenn sie könnten!), macht uns in den Augen der Brüsseler Bürokraten nicht sympathischer. Der schwindsüchtige Euro, einst als starke Währung gepriesen, ist Teil der Krise, in der sich die zerstrittene EU befindet. Aus all diesen Gründen will uns die EU so lange erpressen, bis wir als Satellit der EU nur noch Mittelmass sind, oder das Joch der EU-Mitgliedschaft als das kleinere Übel betrachten. Dabei setzt die EU nicht nur auf den fehlenden Widerstand unserer Landesregierung gegenüber ausländischen Begehrlichkeiten. Auch die Mehrheit unserer Classe Politique möchte in die EU. Vordergründig, damit unser Land die EU «mitgestalten» kann. In Tat und Wahrheit eher, um dereinst einen fürstlich dotierten, prestigeträchtigen und mit geringem Arbeitsaufwand verbundenen Posten in der EU zu ergattern!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Missbrauchte Luzerner Pfarreiblätter

Anstatt für die wahren Werte unseres 2000-jährigen Christentums einzustehen und diese weiterzuvermitteln, erscheinen in den kantonal-luzernischen Pfarreiblättern gotteslästernde Darstellungen des Abendmahls, Werbung für die radikal-feministische Gender-Revolution, für esoterische Kurse und für andere Religionen. Vor allem aber auch völlig einseitige Empfehlungen für linkslastige Veranstaltungen, Institutionen und Initiativen, so vor kurzem in anstössiger Art für die Waffenverbots-Initiative der GsoA (Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee). Obschon dies für viele gläubige Katholiken unzumutbar ist, findet der Pfarreiblatt-Redaktor dafür sogar noch Unterstützung von linken sog. «Reform»-Theologen.

Es handelt sich bei der letztgenannten anstössigen Polit-Werbung, für die sich der Pfarreiblatt-Zentral-Redaktor inzwischen entschuldigt hat, nicht um eine einmalige Entgleisung. Das kantonal-luzernische Pfarreiblatt ist seit Langem einseitig und unausgewogen. Katholische Radio- und Fernsehsender wie KTV, EWTN, Radio

Gloria, Radio Maria, Radio Horeb, kath.net usw., sowie weitere wertkonservative Institutionen werden im Pfarreiblatt seit Langem gezielt verschwiegen.

Wenn unsere weltlichen Zeitungen derart einseitig Bericht erstatten würden wie der Redaktor des Luzerner Pfarreiblattes, dann könnten wir mit Leserbriefen reagieren oder nötigenfalls diese Zeitungsabos abbestellen. Leider ist dies beim Luzerner Pfarreiblatt nicht möglich. Es ist deshalb höchste Zeit, dass sein bisher widerspruchsloses Wirken von unabhängigen Kräften kontrolliert und überwacht wird! Es gilt nun für alle Beteiligten, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Im Übrigen empfehle ich allen Kirchgängern und Kirchensteuerzahlenden, in den Kirchen und Pfarrheimen die Schriftenstände zu studieren. So sind Sie jeweils sofort im Bild, welche Art von Christentum in dieser Kirche, resp. Pfarrei, vertreten wird, ob ein wertkonservatives oder ein sozialistisches. Eine Parallelität zur aktuellen Politik ist unübersehbar...

Kurt J. Fischer, Udligenswil

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

2010: 134'171 Personen neu zugewandert!

Die Schweiz hat im vergangenen Jahr erneut 12 Monate mit hoher Zuwanderung erlebt. Insgesamt sind 134'171 ausländische Personen in die Schweiz eingewandert. Bezieht man die Auswanderung im gleichen Zeitraum mit ein, verbleibt ein Einwanderungssaldo von 68'648 Personen. 2010 war damit das Jahr mit der vierthöchsten ausländischen Einwanderung in den letzten 30 Jahren. Verantwortlich dafür ist in erster Linie die Personenfreizügigkeit mit der EU. Die Zuwachsraten aus den neuen EU-Staaten liegen gar im zweistelligen Prozentbereich. Die Schweizer Demokraten (SD) fordern deshalb erneut die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union.

Das Bundesamt für Migration jubelt einmal mehr die «abgeschwächte Zuwanderung von EU-/EFTA-Angehörigen». Hinter dieser PR-Floskel verbirgt sich eine unbremste Zuwanderung auf hohem Niveau, insbesondere als Folge der Personenfreizügigkeit mit der EU. Die Netto-Zuwanderung lag 2010 zahlenmässig in der Grössenordnung aller Einwohner der Stadt

St. Gallen. Die Folgen dieser anhaltenden Entwicklung auf die Nutzung der Infrastrukturen, den Wohnraum oder die Schulen sind noch nicht absehbar.

Klar ist nur, dass die Schweiz ihren ausländerpolitischen Handlungsspielraum mit der Personenfreizügigkeit und den offenen Grenzen weitgehend aus der Hand gegeben hat.

Mit Massnahmen, die sich einseitig auf die sogenannten Drittstaaten (ausserhalb des EU/EFTA-Raumes) konzentrieren, wird die Problematik nicht gelöst. Die Anzahl der Ausländer aus dem Balkan, aus der Türkei oder aus Sri Lanka ist gemäss Statistik rückläufig, allerdings auch infolge der Masseneinbürgerungen!

Wer also die Personenfreizügigkeit mit der EU aus den ausländerpolitischen Betrachtungen ausklammert, steckt den Kopf in den Sand. Eine ungeschminkte Analyse der Folgen der Personenfreizügigkeit und der Fortsetzung einer hohen Zuwanderung ist zwingend. Einmal mehr fordern die SD die längst fällige Begrenzung der Zuwanderung in den überbevölkerten Lebensraum Schweiz.

SD gegen Aufweichung der Asylpolitik

Bundesrätin Sommaruga hat bekannt gegeben, dass ein Kontingent von 35 Flüchtlingen aus dem Irak und dem Nahen Osten aufgenommen werden soll. Die SD lehnen dies vor dem Hintergrund nach wie vor sehr hoher Asylzahlen entschieden ab. Zuerst müssen die bestehenden, grossen Probleme im Asylbereich angegangen und gelöst werden. Die Zahl der Asylgesuche ist auf deutlich unter 10'000 pro Jahr zu senken. Dazu müssen vorab die Verfahren beschleunigt und der Vollzug gestrafft werden.

Bei den in diesen Tagen im Süden von Italien «gestrandeten» Tunesiern und Ägyptern handelt es sich allesamt um Männer, die in Europa «Arbeit» suchen und/oder ein besseres Leben! Es handelt sich um keine an Leib und Leben Verfolgten (bitte Bilder in den Medien anschauen – alles junge Männer!). Diese Leute nutzen die Gelegenheit der Stunde um... Keine Diskussionen... alle **sofort** abschieben!

SD-Parteileitung

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Zum Ausgang der Abstimmung vom 13. Februar

Schweizer lassen sich nicht entwaffnen!

Die Schweizer Demokraten (SD) freuen sich über das deutliche Volks-Nein zur Entwaffnungsinitiative. Einmal mehr haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein klares Bekenntnis zur Neutralität und damit zur Milizarmee abgelegt. Ebenso haben sie sich klar gegen eine weitere Entmündigung des verantwortungsvollen Bürgers ausgesprochen. Die SD freuen sich über die Bewahrung der Freiheitsrechte und Eigenverantwortung der Eidgenossinnen und Eidgenossen.

Zur dauernd bewaffneten Neutralität unseres Landes gehört zweifellos die Milizarmee. Sie ist eine der wichtigsten Staatssäulen der Schweiz. Eine geschwächte Armee schadet mehr als sie nützt. Dies haben die Schweizerinnen und Schweizer erkannt. Mit dem heutigen Nein zur Waffeninitiative haben sie den verantwortungslosen und diesmal versteckt agierenden «Armee-Abschaffern» er-

neut eine klare Absage erteilt. Es wurde auch klar erkannt, dass die Schweiz nicht sicherer wird, wenn nur noch Kriminelle Waffen besitzen, die sie illegal erworben haben. Die Ablehnung der Entwaffnungsinitiative ist auch ein Zuspruch der Schweizerinnen und Schweizer zur stolzen eidgenössischen Schützentradiation. Mehr als 85% der Schützen üben ihren Sport mit einer Armeewaffe aus. Ohne diese hat das Schiessen als Breitensport keine Zukunft.

Und sehr wichtig: Das Stimmvolk hat mit dem heutigen Entscheid ein deutliches Zeichen gegen die zunehmenden Versuche der Bevormundung verantwortungsvoll handelnder Bürgerinnen und Bürger gesetzt. Mit Freude darf festgestellt werden: Die Schweizer/innen haben sich noch nicht aufgegeben; die Eidgenossenschaft bleibt freiheitsliebend und wehrhaft! SD-Parteileitung

Irrenhaus

Parteien bauen auf Hochhäuser

Den Jugendlichen der Alkohol.

Den Drögelern die Drogen.

Den Gestressten die Psychopharmaka.

Den Bänkern die Boni.

Dem Zentralismus HarmoS.

Dem Gender-Mainstream die Schule.

Den Pädophilen die Kinder.

Den Verbrechern die «Human»-Justiz.

Der Polizei die Bussen.

Dem Steueramt die Steuern.

Dem Verkehr die Strassen.

Der Prostitution den Verkehr.

Den Menschenrechten die Menschen.

Den Zeitungen der Einheitsbrei.

Den Gläubigern den Glauben an die Schulden.

Den Architekten die Hochhäuser.

Den Politikern die Irrenhäuser.

Dem Verkehr noch mehr Strassen.

Dem Staat die Verfassung.

Der Schweiz die Personenfreizügigkeit.

Der EU die Schweiz.

Der Schweiz noch mehr Strassen.

Dem Konsens der Nonsens.

Der Macht den Wahnsinn.

Dem Teufel die Seele!

Bruno Ackermann, Adligenswil